

Arbeit & Wirtschaft



Alles auf Schiene?

Warum gute Infrastruktur auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist und wo es dringend mehr davon braucht

Im Gespräch / 18

mit Klemens Himpele über den Status öffentlicher Investitionen

Reportage / 32

Berufung KrankenpflegerIn – ein Rundgang in der Klinik Hietzing

SONJA FERCHER CHEFREDAKTEURIN
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
NICOLA SKALÉ LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SONJA ADLER SEKRETARIAT

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe

Michael Bonvalot, Romana Brait, Franziska Disslbacher, Christopher Erben, John Evers, Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei, Heike Hausensteiner, Roman Hebenstreit, Markus Marterbauer, Beatrix Mittermann, Brigitte Pellar, Christian Resei, Alexandra Rotter, Thomas Stollenwerk, Alexia Weiss

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263
 Fax: (01) 534 44-100222
 sonja.adler@oegb.at
 www.arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 und
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21

Verlagsort Wien

Herstellungsort Neudorf

Abonnementverwaltung und Adressänderung

Suzana Stojancic, Bianca Behrendt
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Mitwirkende dieser Ausgabe



BEATRIX MITTERMANN
 REDAKTEURIN

Wir freuen uns sehr, dass sie über das Online-Magazin zu uns gestoßen ist. Sie hat sich der grundsätzlichen Frage angenommen, was denn eigentlich Infrastruktur ist, und stellt uns das (un)bekannte Wesen vor.



ASTRID FADLER
 FREIE JOURNALISTIN

Die langjährige Autorin der A&W hat die Aufgabe übernommen, unser neues Format weiterzuentwickeln, in dem wir abwechselnd Tipps für BetriebsrätInnen vorstellen oder BetriebsrätInnen vor den Vorhang holen werden.



THOMAS STOLLENWERK
 FREIER JOURNALIST

Nachhaltigkeit ist sein Herzensthema, daher war es geradezu logisch, ihn zu bitten, sich Gedanken über die Infrastruktur der Zukunft angesichts von Klimawandel und Digitalisierung zu machen. Nachzulesen in der Coverstory.



THOMAS JARMER
 ART DIRECTOR

Seit er die Art Direction übernommen hat, hat er in Sachen Modernisierung der A&W nicht lockergelassen. Nun können wir endlich seinen großen Wurf vorlegen und hoffen, dass wir auch Ihren Geschmack getroffen haben.

Der gute Stachel im Fleisch



SONJA FERCHER
CHEFREDAKTEURIN

Es ist schon eine ganze Weile her, doch mir wollte jahrelang nicht aus dem Kopf gehen, was uns eine Kärntner Verwandte zu Beginn der 2000er-Jahre erzählt hatte: Bis dahin konnte ihre Enkelin mit dem öffentlichen Postbus bequem und günstig zu ihrer Lehrstelle gelangen. Mit der Privatisierung dieser Strecke wurde das nun unleistbar für sie. Ähnlich erging es damals vielen Menschen in den ländlichen Regionen – und vielen blieb damit nur eine Alternative: der Umstieg auf den Pkw.

Schon damals ärgerte mich das. Denn dem Dogma, der Staat müsse sparen und könne sich keine defizitären Betriebe leisten, wurde alles untergeordnet. Dass solche Betriebe die günstige Mobilität vieler Menschen in den ländlichen Regionen ermöglichten: Dieses Argument wurde als realitätsfremd vom Tisch gewischt. Gleiches galt für die Mahnung, dass öffentlicher Verkehr einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Ein gutes Leben für alle

Dass Infrastruktur kostet, liegt auf der Hand. Dass sie aber auch ein Wert des Staates ist – ein konkreter Vermögenswert –, wird leider meistens übersehen. Dass sie vielen Menschen etwas bringt, ja, dass öffentliche Infrastruktur sogar ein zentrales Instrument sein kann, um die Gesellschaft gerechter zu machen – das sollte man keinesfalls vergessen. Der Gewinn besteht hier weniger in einer schwarzen Zahl, sondern vielmehr in einer guten Versorgung und besseren Chancen für die Menschen. Gewerkschaften und Arbeiterkammer sind bei diesen Themen ein beständiger Stachel im Fleisch. Sie drängen auf Regulierungen von privaten Anbietern und faire Förderungen im Sinne der ArbeitnehmerInnen. Sie fordern neue Infrastrukturmaßnahmen ein, wo sich der Bedarf abzeichnet – ob in der Pflege, bei der Digitalisierung oder beim Kampf gegen den Klimawandel. Das ist gut so, denn nicht Gewinne Einzelner sind das Ziel, sondern ein gutes Leben aller.

Sonja Fercher

Inhalt

FÜR DIE ZUKUNFT VORBAUEN

06 COVERSTORY – Die Frage zu beantworten, welche Infrastruktur es braucht, um die Herausforderungen von Klimawandel und Digitalisierung zu bewältigen, ist nicht einfach. Ein Grund dafür ist, dass manches in den Händen von Privaten liegt, sodass der Staat anders gestalten muss.

ZUGÄNGLICHKEIT FÜR ALLE MENSCHEN

18 IM GESPRÄCH – Klemens Himpele, der Statistiker der Stadt Wien, über die Bedeutung öffentlicher Infrastruktur für die Lebensqualität von Menschen sowie die Herausforderungen von heute und morgen angesichts von Klimawandel, Digitalisierung und demografischem Wandel.

EINE GROSSE PORTION LIEBE

32 REPORTAGE – Von großen Herausforderungen und kleinen Wundern: Die Arbeit von KrankenpflegerInnen ist anspruchsvoll. Sie halten die soziale Infrastruktur mit viel Engagement am Laufen. Ein Rundgang in der Klinik Hietzing mit der chirurgischen Schwester Miriam Mijatovic.

Das (un)bekannte Wesen Infrastruktur	12
Die große Frage	15
Es antwortet AK-Chefökonom Markus Marterbauer	
Beim Wiener Bildungsnahversorger	16
Vermögen: Mehr öffentlich, weniger privat	22
Auf einen Blick	24
Aus der Praxis	26
Infrastruktur für BetriebsrätInnen	
Wider den Privatisierungswahn	28
Kurznachrichten	31
Kommunale Herausforderungen	38
A&W-Blog	41
Einstürzende Altbauten	42
Pflege als wichtigste Aufgabe	44
Zu guter Letzt	46
Das letzte Wort hat diesmal Roman Hebenstreit	



Die Privatisierungsfalle

„Ausgliederungen sind keine Garantie dafür, dass Leistungen tatsächlich effizienter und kostengünstiger erbracht werden. Der gemeinwirtschaftliche Sektor erfüllt wichtige gesellschaftspolitische, wirtschaftspolitische und ökologische Aufgaben.“

13. Bundeskongress des ÖGB (1995)

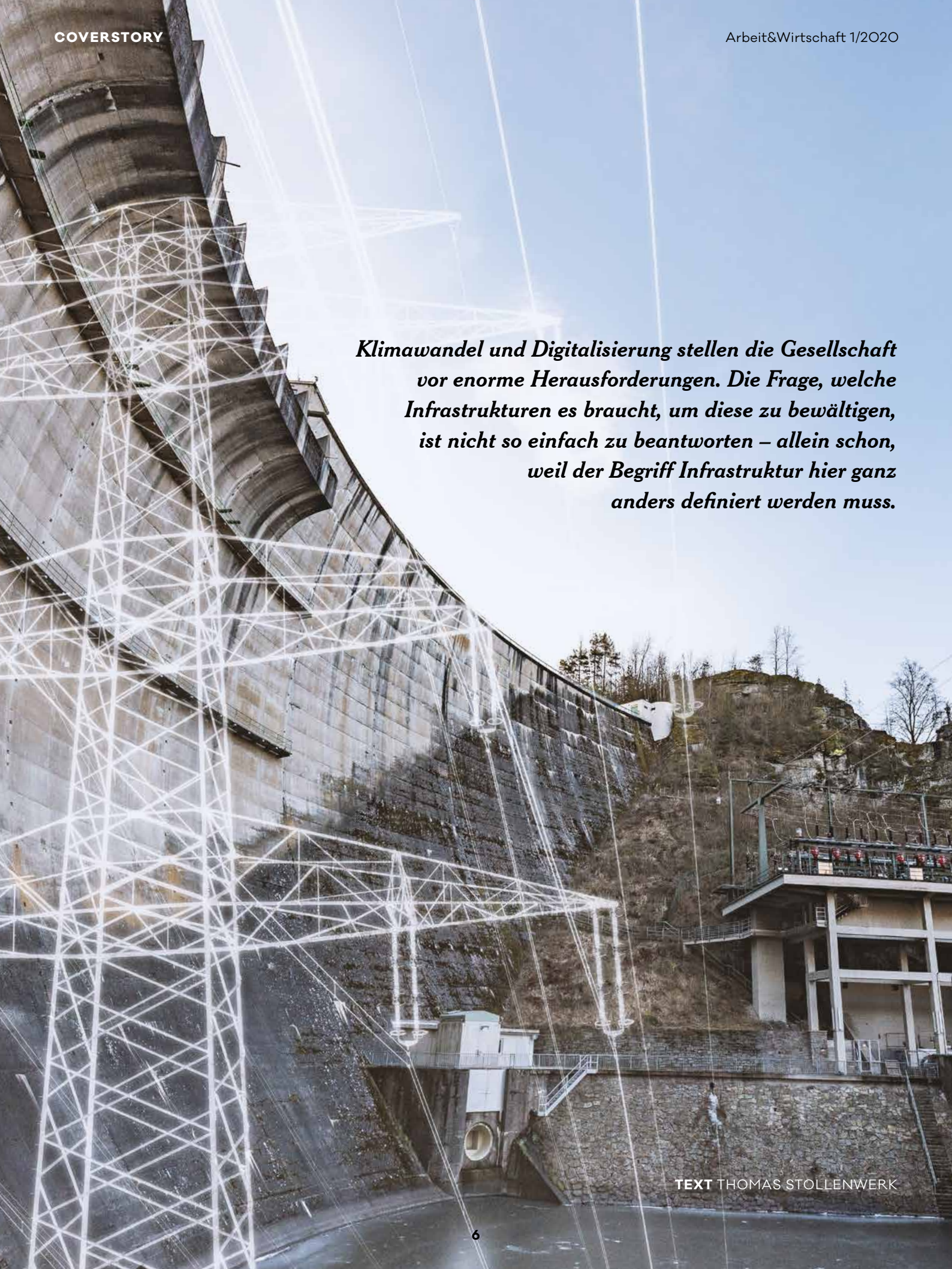
TEXT BRIGITTE PELLAR

Wie in vielen Staaten war es in Österreich bis in die 1970er-Jahre allgemeine Überzeugung, dass gemeinwirtschaftlichen Leistungen ein eigener Stellenwert zukommt, unabhängig von ihrem kommerziellen Nutzen. Es galt als selbstverständlich, dass es in einer Gesellschaft Bereiche gibt, die der Konkurrenz entzogen werden müssen, weil sie für alle Menschen wichtig sind. Genau das ist neoliberalen MarktideologInnen ein Dorn im Auge. Ab den 1980er-Jahren begannen sie auch in Österreich unter dem Motto „Mehr privat, weniger Staat“ ihre Offensive. Die Energieversorgung, der öffentliche Verkehr und die Kommunikationsinfrastruktur waren die ersten Angriffsziele. Auch der Europäischen Union konnten sie ihren Stempel aufdrücken. So wurde in den EU-Gründungsbeschlüssen Anfang der 1990er-Jahre nur mehr die Marktfreiheit in den Vordergrund gestellt – und die ursprünglich vorgesehene „soziale Dimension“ fast vollständig zurückgedrängt.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung warnte von Anfang an vor den negativen Folgen dieser Entwicklung. Am Gewerkschaftstag der Gemeindebediensteten lautete die Bilanz: „Die Leistungen des öffentlichen Dienstes sind auch Transferleistungen für die sozial Schwachen, bei Privatisierungen und Ausgliederungen kommt es aber oft zu empfindlichen Tarifierhöhungen oder Leistungseinschränkungen.“ BahnkundInnen wurden mit dieser Tatsache ab Mitte der 1980er-Jahre neben spürbaren Tarifierhöhungen besonders auch durch das Stilllegen von Verbindungen konfrontiert. Um die Folgen des Klimawandels in den Griff zu bekommen, zeichnet sich langsam eine Trendumkehr ab, nicht nur bei der Bahn. Der Widerstand dagegen ist aber groß.

Gegen Privatisierung, Personal- und Sozialabbau organisierte die Eisenbahnergewerkschaft 2003 erstmals seit 1965 wieder einen Streik.





Klimawandel und Digitalisierung stellen die Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Die Frage, welche Infrastrukturen es braucht, um diese zu bewältigen, ist nicht so einfach zu beantworten – allein schon, weil der Begriff Infrastruktur hier ganz anders definiert werden muss.

TEXT THOMAS STOLLENWERK

Der Leuchtturm, Ökostrom und die Plattform

Leuchttürme sind wichtig für die Seefahrt. Bis heute. Trotz Radar und Satellitennavigation. Sie schaffen Orientierung, indem sie Untiefen, Fahrrinnen und Hafeneinfahrten markieren, und wurden vor Jahrhunderten zur technischen Infrastruktur für Handel auf dem Seeweg. Für Volkswirtschaften, die sich an der Seefahrt beteiligen wollen, macht es sich dank ihrer Multiplikatoreffekte bezahlt, Leuchttürme zu bauen, auch wenn sie selbst keinen unmittelbaren Gewinn abwerfen.

Volkswirtschaften benötigen solche Infrastruktur. Sie muss ständig gepflegt und entsprechend zukünftigen Bedürfnissen ausgebaut werden. Dabei geht es meist um langfristige Investitionen. Am Beginn der 2020er-Jahre ist der Investitionsbedarf im Infrastrukturbereich groß, denn gleich mehrere Herausforderungen erfordern

*In der Ökonomie sind Leuchttürme
ein beliebtes Beispiel für öffentliche Güter.*

neue Infrastruktur. Eine zentrale ist zweifellos die Digitalisierung – insbesondere wenn Menschen nicht abgehängt werden, sondern die Potenziale voll ausgeschöpft werden sollen. Eine andere zentrale Herausforderung ist die Bewältigung des Klimawandels, auch unter dem Schlagwort Dekarbonisierung der Wirtschaft diskutiert.

Der Staat ist Key Player bei der Bereitstellung von Infrastruktur, die volkswirtschaftlich nützlich ist, sich aber für private Unternehmen nicht so leicht refinanzieren lässt. Er kann diese in Form von öffentlicher Infrastruktur oder öffentlichen Gütern selbst bereitstellen und betreiben. Er kann aber auch durch Förderungen und andere Instrumente dafür sorgen, dass sie durch private Akteure errichtet bzw. aufrechterhalten wird. In der Ökonomie sind Leuchttürme ein beliebtes Beispiel für öffentliche Güter. Der spätere Nobelpreisträger Ronald Coase erläuterte die Ökonomie des

Leuchtturms in einem vielzitierten Artikel von 1974. Demnach sind Leuchttürme gleich von zwei Prinzipien ausgenommen: Für ihre Benutzung kommt erstens das Ausschlussprinzip nicht zum Tragen, denn man kann niemanden vom Sehen eines Leuchtfuers ausschließen. Zweitens ist auch das Konkurrenzprinzip nicht anwendbar: Niemand kann jemandem anderen das Leuchtfuer wegsehen. Selbst wenn man von Schiffen eine Gebühr für die Orientierung an Leuchttürmen verlangt: Sie lassen sich auch gratis nutzen. Betriebswirtschaftlich lassen sich Leuchttürme dementsprechend schwer von Privatunternehmen betreiben, obwohl ganze Volkswirtschaften von ihnen profitieren. Deshalb sind viele Leuchttürme in öffentlicher Hand, aber eben nicht alle.

Nun sind Leuchttürme im Binnenland Österreich nicht das naheliegendste Beispiel für öffentliche Infrastruktur. Auch ist ihre Bedeutung für Digitalisierung und Klimaschutz hierzulande eher klein. In Österreich ist 2020 vor allem der Ausbau von erneuerbarer Energie, Schienenverkehr und Breitband-Internet gefragt. Auch dabei geht es um öffentliche Güter, die teilweise privat, teilweise staatlich bereitgestellt werden. Die Planung des nötigen Bedarfs ist dabei eine schwierige Angelegenheit.

Wie viel Energie brauchen wir?

In der Politik sind Infrastruktur und Ausbau semantisch eng verbunden. „Die Bundesregierung bekennt sich zum Ausbau aller Formen heimischer erneuerbarer Energieträger“, heißt es im neuen Regierungsprogramm. Wie schon die türkis-blaue Vorgängerregierung, so kündigt auch Türkis-Grün darin an, dass Österreich bis 2030 zu 100 Prozent mit Ökostrom versorgt sein soll. „Damit einher gehen die notwendigen Netzinfrastukturausbaue“, hält das Programm fest.

Ein ambitioniertes Ziel. Denn um es zu erreichen, fehlen aus heutiger Sicht noch 27 Terawattstunden an erneuerbaren Erzeugungskapazitäten. Wie die AK berechnet hat, entspricht dies der

Jahresproduktion von über 20 großen Donaukraftwerken oder mehr als einer Verdoppelung der aktuell geförderten Ökostrommenge.

Kann das gelingen? Manche aus der Energiebranche sind da durchaus skeptisch, zum Beispiel die IG Windkraft als Vertretung der privaten Windkraftanlagenbetreiber. Insgesamt sorgen in Österreich aktuell rund 1.340 Anlagen für 7 TWh Strom. Über die Hälfte der Anlagen steht in Niederösterreich. Doch der Ausbau

„Wir müssen die Klimaziele erreichen, daran führt gar kein Weg vorbei.“

Dorothea Herzele, AK-Energieexpertin

geht schleppend voran. Im Jahr 2020 werden österreichweit nur 18 neue Windräder mit 59 MW Leistung ans Netz gehen, erklärt der Branchenverband. Die Ausbauziele der Regierung sind in diesem Tempo kaum zu erreichen.

Skeptisch ist man auch in der AK, so positiv man die Zielrichtung bewertet: „Wir müssen die Klimaziele erreichen, daran führt gar kein Weg vorbei“, hält AK-Energieexpertin Dorothea Herzele fest. „Aber der Ausbau erneuerbarer Energie muss klug erfolgen.“ Dafür müsse insbesondere die Ökostromförderung auf neue Beine gestellt werden, fordert sie. Diese nämlich hat zwei große Schwächen. Erstens ist die Last der Finanzierung ungleich verteilt: „Priva-

te Haushalte und kleine Gewerbetreibende tragen bei der Finanzierung von Förderungen die Hauptlast“, kritisiert Herzele.

Die Verteilung der Fördermittel wiederum stammt aus einer Zeit, als man den Ausbau möglichst rasch vorantreiben wollte. „Inzwischen ist dieses System nicht mehr zeitgemäß, sondern ineffizient und teuer“, hält Herzele fest. Statt fixer Einspeisetarife will die AK Marktprämien. Zudem sollten kleine Anlagen mehr gefördert werden und es brauche Investitionen ins Stromnetz selbst. Ob Türkis-Grün bessere Antworten auf diese Herausforderungen als die Vorgängerregierung liefert, das kann aus Sicht der AK noch nicht abgeschätzt werden. Denn dazu fehlen im türkis-grünen Regierungsprogramm noch die Details.

Einen Wunsch deponiert der Sprecher der Windkraft-Lobby, Martin Jaksch-Fliegenschnee: Es komme darauf an, dass auch die Bundesländer genug Flächen für Windkraftanlagen ausweisen: „Die Windenergie macht vor allem als dezentrale Energieversorgung Sinn. Wenn man Niederösterreich einfach mit Windrädern zapflastert und den Strom dann per Hochspannungsnetz durch ganz Österreich schickt, verursacht das volkswirtschaftlich höhere Kosten, als die Energie dort zu erzeugen, wo sie gebraucht wird.“

Am Beispiel des Ökostroms wird deutlich, dass dem Staat auch dann noch eine wichtige Aufgabe zukommt, wenn Infrastruktur in die Hände von Privaten gelegt wurde. Denn über Förderungen kann er ebenso lenkend eingreifen wie mit Regulierungen. Ob das Ziel „100 Prozent Ökostrom im Jahr 2030“ mit den angepeilten 27 Terawattstunden aus dem Regierungsprogramm erreichbar ist, wird auch an anderer Stelle skeptisch gesehen. Schon im Jahr 2018 erklärte der Energieexperte Erwin Mayer in einer Enquete des Nationalrats, er gehe eher von einem Bedarf an weiteren 40 Terawattstunden Ökostrom bis zum Jahr 2030 aus. Schließlich gehe der Umstieg auf CO₂-sparende Technologien fast immer mit gesteigertem Stromverbrauch einher.

Ähnlich sieht dies AK-Expertin Herzele, mindestens so wichtig sei es daher, „dass wir effizienter mit Strom umgehen“. Deshalb ist des Rätsels Lösung auch nicht die generelle Ausweitung der E-Mobilität – zumindest dann nicht, wenn sie zu stark auf den Individualverkehr setzt. Der Verkehrsclub Österreich (VCO) hat berechnet, dass die ÖBB sogar um 6,5-mal klimafreundlicher sind als E-Autos.



Die Ökostromförderung muss auf neue Beine gestellt werden, fordert die AK.

*Bei der digitalen Infrastruktur
ist die Rolle des Staates winzig,
und die Regulierung digitaler Angebote
läuft der technologischen und
marktwirtschaftlichen Entwicklung
offenkundig hinterher.*





Die Zukunft wird gebaut

Positiv bewertet die AK insofern das Bekenntnis von Türkis-Grün zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Aber auch hier gilt es, große Herausforderungen zu bewältigen. Denn die Zahl der von den ÖBB beförderten Fahrgäste steigt seit Jahren. „Im Jahr 2018 haben wir 474 Millionen Fahrgäste mit Zug und Bus transportiert“, erklärt Konzernsprecher Robert Lechner. „Allein auf der Schiene war das eine Zunahme von sechs Prozent gegenüber dem Jahr davor. Wir sind zuversichtlich, dass sich auch für 2019 ein neuer Fahrgastrekord ausgeht.“

Der Staatskonzern tätigt wegen des wachsenden Verkehrsaufkommens Investitionen, die im europäischen Vergleich hoch ausfallen. 218 Euro pro Kopf wurden 2018 in den Ausbau des österreichischen Eisenbahnnetzes investiert. Nur die Nachbarn in der Schweiz geben mit 365 Euro pro Kopf deutlich mehr für ihre Bahninfrastruktur aus – dort gibt es bekanntlich mehr Geld. Deutschland kommt auf gerade einmal 77 Euro pro Kopf – dort gibt es bekanntlich mehr Köpfe. „Für eine moderne und zukunftsfähige Bahn braucht es eine vorausschauend geplante Infrastruktur“, so Lechner. „Entsprechend können die ÖBB auf jahrzehntelange Erfahrung mit jährlich Hunderten großen und kleinen Bauprojekten zählen.“

Somit ist der Schienenausbau zweifellos ein wichtiges Element im Kampf gegen den Klimawandel. Mehr Bahn aber bedeutet natürlich auch mehr Strombedarf. Prognosen dazu sind schwierig, denn zu viele Unwägbarkeiten gibt es. So scheiden sich die Geister etwa daran, welchen Energiebedarf die Industrie künftig haben wird. Auch ist nicht absehbar, ob der fortschreitende Klimawandel nicht zur Installation von immer mehr Klimaanlage führen wird.

Dass es aber einen Bedarf für Infrastruktur- und -ausbau gibt, wird kaum bestritten. Die AK beziffert den Investitionsbedarf für das kommende Jahrzehnt auf etwa zehn Milliarden Euro. Kein leichtes Unterfangen, zieht doch die Austeritätspolitik der EU enge Grenzen. Daher plädiert die Arbeitskammer vor allem dafür, dass entsprechende Ausgaben nicht in das Budgetdefizit eingerechnet werden. Genannt wird dies „Goldene Investitionsregel“, sie soll kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen möglich machen.

Austeritätspolitik

Darunter versteht man die rigide Sparpolitik, wie sie momentan in der Europäischen Union praktiziert wird. Grundlage ist die Ideologie, dass die Wirtschaft umso besser funktioniere, je stärker der Staat zurückgedrängt wird.

Nur weil eine Infrastruktur in privaten Händen ist, heißt das noch lange nicht, dass die öffentliche Hand nicht regulierend eingreifen kann oder gar sollte.

Staat oder privat?

Längst gehört es nicht mehr zum Common Sense, dass es exklusiv der Staat ist, der Infrastruktur zur Verfügung stellt. In vielen Bereichen wird über Privatisierungen diskutiert, und längst wurden viele Teile der ehemals staatlichen Infrastruktur zum Teil oder ganz an private Betreiber übergeben.

Die Liberalisierung des Mobilfunkmarkts und die Privatisierung der ehemals staatlichen Telekom Austria zum Beispiel sehen manche als Fehler an. Denn damit hat man ein zentrales Instrument aus der Hand gegeben, das man heute bei der Gestaltung der Digitalisierung einsetzen könnte, lautet die Überlegung. Auch ist es freilich einfacher, einem staatlichen Betrieb Regeln vorzuschreiben. Doch wie sich auch beim Thema Ökostrom gezeigt hat: Nur weil eine Infrastruktur in privaten Händen ist, heißt das noch lange nicht, dass die öffentliche Hand nicht regulierend eingreifen kann oder gar sollte.

Bei Kommunikationsinfrastruktur etwa geht es stets auch um Sicherheit und den Zugang zu sensiblen Daten. Oder aber darum, neue soziale Hürden zu bekämpfen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Und auch wenn der Staat keine Mobilfunkverträge und Internet-Tarife anbietet, sorgt er für Regeln für den Betrieb von Kommunikations-Infrastruktur. Im digitalen Bereich tut er sich damit nicht leicht. Denn bei der digitalen Infrastruktur ist die Rolle des Staates winzig, und die Regulierung digitaler Angebote läuft der technologischen und marktwirtschaftlichen Entwicklung offenkundig hinterher. Das ist nicht unproblematisch.

Ein Paradebeispiel für solche digitalen Infrastrukturen ist Google, das als schlichte Suchmaschine begann. Inzwischen ist Google zum Internetgiganten aufgestiegen, ähnlich wie Amazon und Facebook. Diese sind auch Paradebeispiele dafür, wie gefährlich es sein kann, wenn der Staat nicht regulierend eingreift. In einer AK-Studie über Internet-Plattformen fassen Astrid Krisch und Leonhard Plank von der TU Wien zusammen: „Von Datenmissbrauchsvorwürfen und Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung über Steuervermeidungsstrategien bis zu Diskriminierung und Gefährdung der Demokratie – die Palette an Vorwürfen ist groß.“ Nicht umsonst versuchen PolitikerInnen nun gegenzusteuern. Auch auf diesem Wege kann der Staat dazu beitragen, dass Infrastruktur wichtige Ansprüche erfüllt, so etwa demokratische und soziale Teilhabe.

Die Digitalisierung ist freilich wesentlich komplexer, als es der Bau und der Betrieb eines Leuchtturms ist. Gleiches gilt für die Bewältigung des Klimawandels. Somit lässt sich die Frage, welche Infrastruktur nötig ist, um diese beiden Herausforderungen gut zu bewältigen, nicht so einfach beantworten. Klar aber ist eines: Selbst wenn der Staat in diesen Bereichen die physische Infrastruktur nicht bereitstellt, so spielt er eine wichtige Rolle – als Regulierer und Förderer. Dafür braucht er auch entsprechende finanzielle Möglichkeiten. Nötig dafür ist, dass große Akteure nicht jedes Schlupfloch ausnützen, um sich aus der Solidargemeinschaft zu verabschieden. Immerhin profitieren sie auch von vielen anderen Leuchttürmen, die von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden. ▀

Das (un)bekannte Wesen Infrastruktur

Wenn von Infrastruktur die Rede ist, haben viele Menschen Straßen und Bauten im Kopf. Doch Infrastruktur ist deutlich mehr.

TEXT BEATRIX MITTERMANN

Endlose Autobahnen, die Städte miteinander verbinden. Asphalt über Asphalt über Asphalt. Hier und da eine Brücke oder ein Tunnel. Wenn das Stichwort Infrastruktur fällt, denken viele nur an die unzähligen Straßennetze in unserem Land. Bei manchen taucht vielleicht auch der Gedanke an das öffentliche Verkehrsnetz auf. Aber viel mehr wird von den meisten wohl nicht damit assoziiert. Und das, obwohl Infrastruktur eigentlich so viel mehr ist. Darunter fallen von Abfallentsorgung über Krankenhäuser bis hin zur Wasserversorgung vielfältige Einrichtungen, nicht zu vergessen das Personal, das dort werkt (siehe „Drei Fragen zum Thema“, S. 14).

Viele dieser Bereiche liegen in der öffentlichen Hand. Und das ist auch gut so, wie Iris Strutzmann und Dorothea Herzele von der Arbeiterkammer Wien im A&W-Blog betonen: „Die negativen Folgen der Privatisierung in Bereichen der Daseinsvorsorge werden uns derzeit in Kalifornien vor Augen geführt. Dem privaten Energieversorger Pacific Gas & Electric (PG&E) wird vorgeworfen, es verabsäumt zu haben, seine Anlagen zu modernisieren und sicher zu machen.“

Gefährliche Profitausrichtung

Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass sich die Profitausrichtung privater Betreiber im Bereich öffentlicher Infrastrukturen negativ auf die Sicherheit und Daseinsvorsorge der Bevölkerung auswirken kann (siehe auch „Einstürzende Altbauten“, S. 42–43). Liegen diese in öffentlicher Hand, stellt sich jedoch immer die Frage der Finanzierung. In der politischen Debatte wird der Ausbau der Infrastruktur immer sofort mit den Kosten in Verbindung gebracht. Nur selten wird der Aspekt des Wohlstandes beleuchtet. „Debatten zu Staatsfinanzen drehen sich meist nur um Schulden. Das den Schulden gegenüberstehende öffentliche Vermögen wird ausgeblendet.“ Mit dieser Aussage trifft AK-Expertin Romana Brait die Problematik



auf den Punkt. Und das, obwohl Österreichs öffentliches Vermögen die Schulden bei Weitem übersteigt: „450 Milliarden Euro öffentliches Vermögen stehen 370 Milliarden Euro an Schulden gegenüber“, konkretisiert sie (siehe auch „Auf einen Blick“, S. 24–25).

Verfehlte Politik

Warum hat also dieses öffentliche Vermögen nicht mehr Gewicht beim Treffen wichtiger Entscheidungen? „Das Problem ist dabei die aufwendige Bewertung von öffentlichem Vermögen, wie Verkehrswegen, Kunstgegenständen oder natürlichen Ressourcen wie Seen und Wäldern“, erklärt Brait.

Doch in der schwierigen Bewertung liegt nicht das einzige Problem. In der neoliberalen Politik dreht sich sehr viel darum, die öffentliche Neuverschuldung zu begrenzen. Weniger ausgeben als

eingenommen wird, hält man als Motto hoch. Doch ist das die Lösung? In der Bewertung darüber, ob dieser Ansatz vernünftig ist, geht es laut David Mum vor allem darum, zu differenzieren, wofür man sich verschuldet. „Es kommt darauf an, was man mit dem geliehenen Geld macht“, hält der Leiter der Grundlagenabteilung der GPA-djp fest.

„Debatten zu Staatsfinanzen drehen sich meist nur um Schulden.“

Romana Brait, AK-Expertin

Er veranschaulicht dies am Beispiel eines privaten Haushaltes: „Private Haushalte verschulden sich, etwa um ein Eigenheim zu finanzieren. Und das ist klug – denn den Schulden steht ein Sachvermögen gegenüber. Baut man ein Haus, schafft man einen entsprechenden Vermögenswert, der beispielsweise auch Kindern hinterlassen werden kann.“ Und er fragt: „Wäre es klüger, ein Haus aus Ersparnissen zu finanzieren statt per Kredit?“ Mums Antwort: „Diese Frage stellt sich für viele Menschen nicht. Es ist nicht klug, ein Leben lang zu sparen und sich ein eigenes Haus erst dann leisten zu können, wenn man in Pension geht und die Kinder seit Langem ausgezogen sind.“

Dasselbe gilt für die Wirtschaft: Kaum jemand gründet ein Unternehmen, das rein aus vorhandenem Eigenkapital finanziert wird. In den meisten Fällen wird auf Fremdkapital zurückgegriffen – was nichts anderes bedeutet als Schulden.

Nutzen für Generationen

Wieso also sollte der Staat nicht ähnlich verfahren? Ökonom Mum legt dieses Prinzip auf den Staat um: „Finanziert man mit den Schulden Investitionen, von denen viele Generationen profitieren, dann ist das generationengerecht und sinnvoll. Wer etwa Investitionen in moderne Krankenhäuser oder schnellere Eisenbahnverbindungen und Klimaschutz tätigt, hinterlässt künftigen Generationen eine lebenswerte und intakte Gesellschaft. Wer hingegen bei Investitionen spart, schadet künftigen Generationen. Denn diese leiden unter der heruntergekommenen Infrastruktur und dem Investitionsstau.“ Dies bestätigt auch Brait: „Wird nicht genügend in das öffentliche Vermögen investiert, kann dies teure Folgen für die Zukunft haben: Engpässe in Schulen, Spitälern oder Pflegeheimen, marode Brücken, schlechter öffentlicher Verkehr oder verschmutzte Seen.“

Gerade zum jetzigen Zeitpunkt wären fremdfinanzierte Investitionen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus besonders empfehlenswert. Sie sind aus ökonomischer Sicht absolut nachvollziehbar, und so agieren beispielsweise auch Unternehmen: „Ein Unternehmen wird dann



eine Investition fremdfinanzieren, wenn die erwartete Rendite über den Finanzierungskosten liegt. Dieselbe Logik sollte auch für öffentliche Investitionen gelten: Liegt der gesellschaftliche Nutzen über den Finanzierungskosten, sollten diese finanziert werden“, so Mum.

Im politischen Diskurs wird oft nur die eine Seite betrachtet: dass dadurch die öffentlichen Schulden ansteigen. Dass dadurch aber auch das öffentliche Vermögen wächst, wird außer Acht gelassen. Und das, obwohl es sich dabei um wichtige Zukunftsinvestitionen handelt.

Zukunft mit sozialer Infrastruktur

Apropos Zukunft: Dass Investitionen nicht nur kosten, sondern langfristig sogar Gewinn abwerfen, wird insbesondere bei der sozialen Infrastruktur deutlich. Adi Buxbaum und Sybille Pirklbauer von der AK Wien sprechen in diesem Zusammenhang von einem investiven Sozialstaat. Ein gutes Beispiel ist die Kinderbetreuung: Investiert man in den Ausbau und familiengerechte Öffnungszeiten, so werden einerseits Arbeitsplätze in den Einrichtungen selbst geschaffen. Durch ein besseres Angebot wiederum wird es Eltern möglich, arbeiten zu gehen, oder aber sie können von Teilzeit auf Vollzeit aufstocken. In beiden Fällen fließen Abgaben an Staat und Sozialversicherung. Waren die neuen KinderbetreuerInnen oder der Elternteil zuvor arbeitslos, kommt es zudem zu einer Entlastung der Sozialversicherung an der Stelle. Die beiden AK-ExpertInnen haben berechnet, dass die zusätzlichen Kosten für die Investitionen „bereits nach vier Jahren zumindest neutralisiert“ sind – um den enormen gesellschaftlichen Zusatznutzen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert wurde.

Gutes Leben für alle

Eine weitere Frage, die auch oft in den Hintergrund rückt, ist, wer eigentlich von dieser Infrastruktur profitiert. Natürlich ist das zunächst die Bevölkerung, also all jene Menschen, die in Österreich leben. Aber auch Unternehmen profitieren davon, denn die Infrastruktur ist ein entscheidendes Kriterium für die Qualität des Standortes. So sind Firmen genauso auf die Verkehrsinfrastruktur angewiesen wie Privatpersonen. Wer Güter produziert, muss diese über Straßen oder das Schienennetz zu den AbnehmerInnen bringen. Ebenso benötigen Unternehmen eine Anbindung an das Wasser- und Energienetz sowie die Abfallentsorgung. Unter diesem Aspekt sind auch soziale Infrastrukturen für Unternehmen entscheidend, denn wo es keine Kindergärten, Schulen oder Krankenhäuser gibt, wird es schwierig sein, Beschäftigte zu finden.

Eine gute Infrastruktur ist also ein zentraler Bestandteil für das Leben aller und geht weit über das reine Funktionieren eines Landes hinaus. Romana Brait formuliert es folgendermaßen: „Das öffentliche Vermögen ist die Basis für hohe Lebensqualität.“ ▀

Drei Fragen zum Thema

Was versteht man unter Infrastruktur?

Kurz gesagt geht es nicht nur um die sogenannte „Beton-Infrastruktur“. Vielmehr ist die gesamte Ausstattung des Landes gemeint, die für dessen Funktionieren notwendig ist. Diese gliedert sich in zwei unterschiedliche Bereiche: die technische und die soziale Infrastruktur. In den Bereich der technischen Infrastruktur fallen Verkehrswege (wie Straßen, Brücken, Tunnel, Bahnlinien oder auch Radwege), Wasser- und Energieversorgung, Kanalisation, Müllentsorgung bzw. Abfallwirtschaft. Ebenso fällt darunter die digitale Infrastruktur. Die soziale Infrastruktur wiederum umfasst beispielsweise die medizinische Versorgung, vor allem in Bezug auf Krankenhäuser, sowie Pflegeeinrichtungen. Auch Kinderbetreuungseinrichtungen, Hochschulen oder Volkshochschulen zählen dazu. Genauso Freizeitangebote wie Parks, Spielplätze oder Schwimmbäder oder aber Gerichte, Justizvollzugsanstalten und die öffentliche Verwaltung.

Wer profitiert von Infrastruktur?

Die Infrastruktur ist für alle da. Sie ist ein öffentliches Vermögen, von dem Privatpersonen ebenso profitieren wie Unternehmen. „Das öffentliche Vermögen ist die Basis für hohe Lebensqualität“, hält AK-Expertin Romana Brait fest.

Macht es Sinn, Schulden aufzunehmen, um in Infrastruktur zu investieren?

Schulden sind nicht generell etwas Schlechtes – es kommt immer darauf an, wofür man das Geld investiert und ob der gesellschaftliche Nutzen über den Finanzierungskosten liegt. „Wer etwa Investitionen in moderne Krankenhäuser oder schnellere Eisenbahnverbindungen und Klimaschutz tätigt, hinterlässt künftigen Generationen eine lebenswerte und intakte Gesellschaft“, so David Mum, GPA-djp. Dabei darf nicht vergessen werden: Es sind nicht nur die Schulden, die dadurch ansteigen. Auch das öffentliche Vermögen wächst.

Wird denn eigentlich genug investiert?

Ganz im Gegenteil, es wird viel zu wenig investiert. Zwar investiert Österreich weitaus mehr, als dies in Deutschland oder in der Eurozone der Fall ist. Doch wegen der Klimakrise brauchen wir viel mehr: öffentlichen Nah- und Fernverkehr, Radinfrastruktur, Energieerzeugung und -netze, thermische Sanierung von öffentlichen, privaten und Betriebsgebäuden, Forschung und Entwicklung neuer Technologien. Diese Investitionen verbessern das Klima, kommen allen sozialen Gruppen zugute und schaffen öffentliche Räume für ein Miteinander. Sie sind ein Gegenprojekt zu Individualisierung und Privatisierung.

Wir können sie uns auch leisten: Österreichische Staatsanleihen werden derzeit negativ verzinst. Der Budgetspielraum bei Einhaltung der EU-Regeln beträgt 3 Milliarden Euro – ein großes Investitionspotenzial, sofern er nicht für Steuergeschenke an die oberen 100.000 vergeudet wird. Auch in der EU müssen Hunderte Milliarden gegen die Klimakrise investiert werden. Statt zu enger Budgetregeln brauchen wir Vorrang für grüne Investitionen, die Wohlstand schaffen.

MARKUS MARTERBAUER

AK WIEN WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND STATISTIK

TEXT JOHN EVERS

Unterrichtende, bei Sozialleistungen in den Betriebsvereinbarungen und oft auch bei der Infrastruktur der Arbeits- und Lernorte. Auch wenn ein Projekt auslaufe, bemühe man sich an den Volkshochschulen viel stärker um Weiterbeschäftigung oder andere soziale Lösungen.

In der Großfeldsiedlung erwarten uns Bernadett Arslanyan, Dominik Grüneis und Charlotte Armao, die in unterschiedlichen Funktionen für den Bereich Pflichtschulabschluss (PSA) arbeiten. Dominik Grüneis erinnert daran, dass früher Teilnehmende für die PSA-Lehrgänge Kursgebühren bezahlen mussten. „Gerade im Rahmen der Ausbildungspflicht bis 18 ist es wichtig, dass die Volkshochschulen dieses kostenlose Angebot zur Verfügung stellen.“ Grundsätzlich gehe es gerade bei bildungsbenachteiligten Personen auch um die Haltung einer Bildungsinstitution. „Wenn man nur stur ein Gewinnsoll erfül-



Sozialarbeiter Dominik Grüneis: „Es ist wichtig, dass die Volkshochschulen den Pflichtschulabschluss kostenlos anbieten.“

Standort – meint, dass mit „ihren“ Lehrgängen und dem Archiv unterschiedliche Extreme an einem VHS-Standort vereint sind – was gar nicht untypisch ist.

Klar sei, dass der Pflichtschulabschluss nur ein, wenn auch wichtiger Zwischen-

Abschließend begleiten wir Lacevic noch ins Archiv. Christian Stifter, Leiter dieser Einrichtung, unterstreicht die Rolle der Volkshochschulen im Kontext mit den zentralen Aufgaben der öffentlichen Hand. In der europäischen Menschenrechtskonvention ist das Recht auf Bildung ebenso wie jenes auf Meinungs- und Informationsfreiheit festgehalten. Im § 14 der Bundesverfassung ist die Volksbildung ebenso wie ihre Förderung durch den Bund verankert, allerdings nicht das entsprechende Ausmaß.

Öffentliche Verantwortung

Insgesamt ist klar, dass es bei der öffentlichen Infrastruktur immer Bereiche gibt, die sich niemals „rechnen“. Bei der Erwachsenenbildung muss die Verantwortung der öffentlichen Hand außer Frage gestellt werden. Das gelte auch für Archive, zumindest wenn Forschung und Lehre wirklich frei sein sollen. Gerade in Zeiten des „Postfaktischen“ bieten Archive zudem einzigartiges, nämlich unmanipulierbares Material. Das Volkshochschularchiv bewege sich in diesem Kontext übrigens nicht nur qualitativ und von der obersten Archivbehörde anerkannt auf Augenhöhe mit den wichtigsten Institutionen des Landes. Man bilde schließlich nicht zuletzt auch einen von insgesamt lediglich zwölf Archiv-, Bibliotheks- und InformationsassistentInnen in ganz Österreich aus. ■



Senad Lacevic im Gespräch mit Christian Nowak und Natascha Wanek: „Es geht um das Gemeinwohl.“

len muss, bleibt wohl manchmal gar nichts anderes übrig als auszublenden, was wirklich das Beste für die lernende Person ist“, betont Grüneis. Bernadett Arslanyan – sie koordiniert den Pflichtschulabschluss am

schritt sein kann. Senad Lacevic weist darauf hin, wie wichtig es ist, dass die Volkshochschulen viele weiterführende Bildungs- und Beratungsangebote unter einem Dach vereinen und Übergänge so erleichtert werden.

Zugänglichkeit für alle Menschen

Klemens Himpele, Leiter der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien, über die Bedeutung öffentlicher Investitionen für die Lebensqualität von Menschen und Herausforderungen von heute und morgen.



KLEMENS HIMPELE
VOLKSWIRT

Wenn es um Zahlen geht, ist man bei dem 42-Jährigen an der richtigen Adresse: Seit 2012 ist Klemens Himpele Leiter der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik (MA 23) der Stadt Wien. Davor war er in der Bildungsforschung, für die Statistik Austria und für die deutsche Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft tätig.

Wien wurde 2019 zum zehnten Mal in Folge im Rahmen der Mercer-Studie zur Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität gekürt. Welche Faktoren tragen dazu bei?

Diese Studien beziehen relativ viele Faktoren zur Bewertung einer Stadt ein. Insgesamt kann man sagen, dass Wien einfach funktioniert. Es funktioniert für all die Menschen, die ihre Wege durch die Stadt, die ihr tägliches Leben bewältigen müssen und dabei auf die Dienstleistungen und die Infrastruktur der Stadtverwaltung angewiesen sind. Da kann Wien wirklich punkten. Dazu kommt natürlich das imperiale Erbe. Die Stadt ist schön, und wir haben darüber hinaus die Menschen, die aus diesen Rahmenbedingungen das Beste machen. All das führt zu dieser hohen Lebensqualität, die Wien wirklich unbestritten hat.

Inwiefern tragen öffentliche Investitionen zur Lebensqualität bei?

Die öffentlichen Investitionen in Infrastruktur sind zentral. Das ist der Hebel, den Städte haben, um die Lebensqualität ihrer Bevölkerung zu gestalten. Da finden wir in Wien einerseits ein gutes historisches Erbe, auf dem wir aufbauen können. Wir haben Infrastrukturinvestitionen, die zurückgehen ins 19. Jahrhundert, von denen wir heute

profitieren. Genannt sei die Hochquellenleitung, die 1873 eröffnet worden ist.

Dann gibt es die Investitionen aus der Zeit des Roten Wien – mit allen Konzepten, die seinerzeit dahinterlagen; sprich: die Frage der Bildung, der Kinderbetreuung, der öffentlichen Gesundheitsversorgung, der Hygiene, des Wohnbaus. Auch heute werden jede Menge Investitionen in die Infrastruktur getätigt, einerseits in die Bestandserhaltung, aber natürlich auch zum Beispiel in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Der Wohnbau spielt ebenfalls eine große Rolle.

Wie hoch ist das Budget der Stadt und wie viel wird davon für Investitionen ausgegeben?

Die Stadt Wien hat ein Budget von knapp über 16 Milliarden Euro für das Jahr 2020 veranschlagt. Davon sind 2,5 Milliarden Euro Investitionsausgaben.

Gerade das Thema leistbares Wohnen brennt vielen unter den Nägeln. Was tut die Stadt Wien hier?

Beim Thema Wohnen ist der Druck auf Städte in Europa enorm. Das hat vor allem mit der Urbanisierung zu tun. Menschen ziehen vom Land in die Städte, und das

führt dazu, dass die Städte wachsen. Dieses Phänomen haben wir auch in Wien beobachten können. Das führt dazu, dass mehr Wohnungen benötigt werden. Der entscheidende Punkt ist, dass es Wien ge-

„Den Fehler, den deutsche Städte gemacht haben, den öffentlichen Wohnbau zu privatisieren, hat Wien nicht begangen, die Stadt hat daher weiter die Handlungshoheit.“

lungen ist, die Bautätigkeit im privaten und öffentlichen Sektor nach oben zu fahren. Wien hat diese Kompetenzen nie vollständig aus der Hand gegeben, sondern den Gemeindebau, die Tradition des Roten Wien, immer fortgeschrieben.

Den Fehler, den deutsche Städte gemacht haben, den öffentlichen Wohnbau zu privatisieren, hat Wien nicht begangen, die Stadt hat daher weiter die Handlungshoheit. Deshalb gelingt es, sowohl hohe Qualität sicherzustellen als auch ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu haben.

Wien hat heute rund 200.000 EinwohnerInnen mehr als noch vor zehn Jahren. Da braucht es mehr Schulen, mehr ÄrztInnen. Wie kann man hier zeitnah entsprechend planen?

Wir machen alle vier bis fünf Jahre eine kleinräumige Bevölkerungsprognose, um die Trends ablesen zu können. Und was man sieht, ist, dass wir in den vergangenen Jahren ein enormes Bevölkerungswachstum hatten. Dieses war vor allem getrieben durch die Außenwanderung, aber auch durch einen Geburtenüberschuss. Wir sehen aber jetzt, dass diese Dynamik in den letzten eineinhalb, zwei Jahren deutlich abgenommen hat.





Klemens Himpele gießt die Stadt in Zahlen. Das macht sie greif- und lenkbar, denn Statistik hilft auch zu errechnen, was eine Stadt in fünf oder zehn Jahren an Infrastruktur braucht.

Diese Prognosen nützen wir, um dann die Fachabteilungen zu informieren – sie bekommen dann zum Beispiel die Information: In folgenden Stadtgebieten gehen wir von Zuwächsen bei Kindern aus. Weil es ja nicht hilft zu sagen: In ganz Wien gibt es soundso viele Kinder mehr. Die Zuständigen müssen ja auch wissen, wo diese Kinder leben und wo man entsprechend Kindergarten- und Schulplätze braucht.

Es gibt aber auch noch andere Arten von Infrastruktur. Wien hat etwa über 1.700 Spielplätze und fast 1.000 Parks. Inwiefern trägt kostenlos nutzbarer öffentlicher Raum zur Lebensqualität, aber auch zur Sicherheit einer Stadt bei?

Was Sie ansprechen, ist die Frage: Was ist eigentlich Wohlstand? Und wie misst man ihn? Wir sind es gewohnt, Wohlstand über das Bruttoinlandsprodukt oder im Fall von Wien das Bruttoregionalprodukt zu mes-

sen. Das ist eine wichtige Kenngröße, weil sie Dienstleistungen und Warenproduktion in einem Jahr misst, aber nicht mehr.

Natürlich ist die Frage der Zugänglichkeit zu bestimmten Plätzen oder Infrastrukturen ein entscheidender Maßstab für Lebensqualität. Man kann das Beispiel fortführen: In Wien sind die öffentlichen Gewässer fast überall frei zugänglich, sei es die Alte Donau oder die Donau selbst. Auch das ist Lebensqualität: Es wurde nicht privatisiert, sondern öffentlich zugänglich gehalten.

Dass Wien nicht nur mehr Wohnungen und EinwohnerInnen hat als vor zehn, 15 Jahren, sondern auch mehr Parks, zeigt: Diese Dinge werden in der Planung mitgedacht. Dieses Grundbekenntnis, das die Stadt Wien seit mindestens 1919, seit Beginn des Roten Wien, immer verfolgt hat, ist es, die Zugänglichkeit zu Infrastruktur für alle Menschen zu gewährleisten.

„Jede Stadt hat Nachholbedarf. Es gibt immer Bereiche, in denen man mehr machen kann.“

Die Gegenwarts- und Zukunftsthemen sind Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimawandel. Wie spiegeln sich diese Bereiche in den öffentlichen Investitionen der Stadt wider?

Ganz enorm. Thema Digitalisierung: Wir haben im gesamten Bereich Qualifizierung enorme Herausforderungen vor uns. Es wird zu Änderungen bei den Tätigkeitsfeldern kommen. Nun ist die Frage: Welche Fähigkeiten brauchen die Menschen?

Mit dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (waff) hat Wien ein Instrument, das Menschen, die im Beruf sind, weiterqualifiziert. Das ist eine Investition in die Zukunft. Darüber hinaus braucht es digitale Infrastruktur und auch digitale Angebote der Stadtverwaltung selbst, da ist die Stadt bereits sehr aktiv.

Der Klimawandel wiederum hat zwei Facetten: einerseits ihn aufzuhalten. Da ist Wien aber nur eine kleine Insel, nichtsdestotrotz haben auch wir unseren Teil dazu beizutragen, und das passiert natürlich – beispielsweise über den öffentlichen Verkehr.

Das Zweite ist das Thema Klimawandelanpassung. Prognosen gehen davon aus, dass Wien stark von dem Phänomen betroffen sein wird. Aktuell gibt es hier Bemühungen, Wohnungen mit Beschattung auszustatten, um Hitze erst gar nicht aufkommen zu lassen. Und wir haben das Thema grüne Meile, also die Frage, wie Stadt auch baulich so gestaltet werden kann, dass die Aufenthaltsqualität nicht unter dem Klimawandel leidet. All das spielt auch budgetär eine große Rolle. Es ist dieses Jahr erstmals abgebildet worden im Budget, welchen Anteil klimarelevante Ausgaben haben. Wir sind bei knapp 900 Millionen Euro.



Wo gibt es wiederum Aufholbedarf?

Jede Stadt hat Nachholbedarf. Es gibt immer Bereiche, in denen man mehr machen kann. Das eine, was immer mit Augenzwinkern erzählt wird, ist das Thema Freundlichkeit, wo Wien in den Rankings ganz hinten steht. Meine Befürchtung ist, die Wiener nehmen das eher als Kompliment denn als Kritik wahr. Das Problem dabei ist, dass internationaler Austausch davon lebt, dass man mehrsprachig ist, dass man auf Menschen zugeht.

Zweitens haben wir noch immer eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit. Die ist zwar seit vielen Monaten rückläufig, das ist sehr erfreulich. Wien macht viel im Bereich Qualifizierung, aber da kann man gar nicht genug tun. ►

& ONLINE

Das ganze Interview als Video finden Sie unter

www.arbeit-wirtschaft.at/interviews

Von Krankenhäusern, Wäldern und der sozialen Gerechtigkeit

Öffentliche Infrastruktur ermöglicht möglichst allen Menschen den Zugang zu wichtigen Leistungen und Angeboten. Das schafft sozialen Zusammenhalt und hilft auch den Unternehmen. Doch es braucht ein Mehr an öffentlichem Vermögen, gleichzeitig muss der Konzentration der Privatvermögen bei den Überreichen ein Riegel vorgeschoben werden.



ROMANA BRAIT

REFERENTIN FÜR ÖFFENTLICHE
HAUSHALTE DER AK WIEN



FRANZISKA DISSLBACHER

REFERENTIN FÜR VERTEILUNGS-
FRAGEN DER AK WIEN

Wer ohnehin zu allem Zugang hat, weil er oder sie es sich leisten kann, kann sich auch leisten, beim Thema öffentliches Vermögen zurückhaltend zu sein. Ja, in dem Fall ist es vielleicht auch wirklich Geld, das man lieber selbst ausgeben würde, statt es an die öffentliche Hand abzuführen. Doch ein solcher Zugang ist jedenfalls kurzfristig. Denn auch Vermögende profitieren in Österreich enorm davon, dass die öffentliche Hand dafür sorgt, dass möglichst allen Menschen gewisse Einrichtungen zur Verfügung stehen. Oder umgekehrt betrachtet: Hohe Vermögensungleichheit ist weder für die Gesellschaft noch für die Wirtschaft gut.

So gut Österreich dasteht – auch hierzulande droht ein gefährliches Ungleichgewicht zu entstehen. Die privaten Vermögen sind in den letzten 40 Jahren deutlich angestiegen, während gleichzeitig der Anteil des öffentlichen Vermögens am Gesamtvermögen stetig abnimmt. Dabei sorgt das öffentliche Vermögen für einen funktionierenden

Sozialstaat, es ermöglicht Menschen, Leistungen in Anspruch nehmen zu können, die sie sich privat nicht leisten könnten. Und: Privates Vermögen konzentriert sich immer mehr in den Händen weniger.

Was Vermögen vermag

Einkommen wird in erster Linie zur Bezahlung laufender Ausgaben verwendet, zum Lebensmitteleinkauf, für die Miete oder die Handyrechnung. Vermögen wiederum erfüllt – in Abhängigkeit von der Art und Höhe des Vermögens – ganz andere Funktionen. Je höher das Privatvermögen, desto mehr Bedeutung hat es für dessen EigentümerInnen.

In Österreich nennt das vermögendste Prozent – das sind 39.000 Haushalte – fast ein Viertel der gesamten privaten Nettovermögen ihr Eigen. Lediglich 3,6 Prozent des Vermögens entfallen auf die untere Hälfte der Vermögensverteilung – das sind 1,8 Millionen Haushalte. Die meisten Menschen verfügen über keine nennenswerten

Vermögen, ein Drittel der Bevölkerung hat weniger als 20.000 Euro, die wenigen Haushalte an der Spitze der Vermögensverteilung besitzen hingegen Unvorstellbares.

Das ist auch aus demokratiepolitischer Sicht problematisch. Denn Vermögen kann zur Ausübung von Macht dienen, durch Spenden an politische Parteien oder Think-Tanks. Die wirklich Vermögenden schlagen sich bislang gut beim Verstecken und Dementieren ihres Eigentums. Über die wirkliche Spitze in der Vermögensverteilung wissen wir wenig. Gleichzeitig ist die Konzentration großer Vermögen an der Spitze der Aspekt, der die ungleiche Verteilung so problematisch macht, da eben große Vermögen ganz anderes vermögen! Für die vielen mit wenig Vermögen ist hingegen das öffentliche Vermögen entscheidend.

Das Vermögen aller

5.000 Kilometer Schienennetz, 5.000 Schulen, 270 Krankenhäuser, 720.000 Hektar Wald und vieles mehr – das öffentliche Vermögen in Österreich ist die Basis für eine hohe Lebensqualität aller EinwohnerInnen. Von der Wiener Hochquellwasserleitung bis zum Bregenzer Freibad: Öffentliches Vermögen erfüllt wichtige Funktionen für die vielen, unabhängig von der Höhe ihres privaten Vermögens!

Erstens ist öffentliches Vermögen eine Art „Grundausstattung“ des modernen Sozialstaats. Egal ob es um hochwertige medizinische Versorgung oder die zeitgemäße Ausbildung der nächsten Generation geht: Wir brauchen dafür öffentliches Vermögen in Form moderner Spitäler und gut ausgestatteter Schulen. Nur wenn der öffentliche Verkehr gut ausgebaut ist, können Menschen auch abseits des eigenen Autos mobil sein. Ein moderner Sozialstaat ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Denn die Behandlung im Privatspital oder die Privatschule sind für die meisten Menschen nicht leistbar.

Zweitens erhöht das öffentliche Vermögen den Zugang breiter Teile der Gesellschaft zu Bildung, Wohnen oder Erholung in der Freizeit.

Ein anschauliches Beispiel dafür ist etwa der Lainzer Tiergarten, der von einem Jagdgebiet für den Adel zu einem für alle zugänglichen Naherholungsgebiet wurde. Öffentliche Schwimmbäder sind ein Freizeitraum und machen nicht zuletzt die Sommerhitze erträglicher – die Eintrittspreise bleiben im Gegensatz zu privaten moderat.

Drittens kann und soll das öffentliche Vermögen eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Klimakrise spielen. Hier braucht es eindeutig mehr: erstens für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, sowohl in der Stadt als auch in den ländlichen Regionen; zweitens für Investitionen in erneuerbare Energien durch die öffentliche Hand; drittens ist auch eine intakte Natur entscheidend für die Lebensqualität zukünftiger Generationen. Saubere Flüsse, genügend Wälder und Wiesen sowie Seen,

deren Ufer nicht großteils in der Hand einiger Hotels und reicher Privatpersonen liegen – gerade dieser Teil des öffentlichen Vermögens ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität aller.

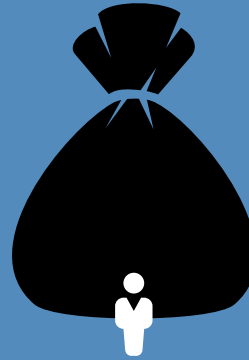
Öffentlich – privat

Die Verteilung der Privatvermögen muss im Zusammenspiel mit dem öffentlichen Vermögen betrachtet werden. Vom öffentlichen Vermögen profitieren alle, unabhängig von der Höhe ihres Privatvermögens.

Ein ausgebauter und funktionierender Sozialstaat ermöglicht auch den vielen ohne große Vermögen ein gutes Leben. Denn ist der Sozialstaat gut ausgebaut, braucht es keine Privatspitäler oder Privatschulen, wer arbeitslos wird, kann Arbeitslosengeld erhalten.

Daher müssen wir das öffentliche Vermögen weiter stärken und gleichzeitig der Konzentration der Privatvermögen bei den Überreichen einen Riegel vorschieben! ►

Vermögensverteilung in Österreich



Ein Prozent der Bevölkerung
besitzt fast **ein Viertel**
des privaten Nettovermögens

Quelle: ÖNB - Household Finance and Consumption Survey 2017

Auf der Habenseite!

In den Debatten zu Staatsfinanzen wird das öffentliche Vermögen meist ausgeblendet. Dabei ist dieses Vermögen nicht nur deutlich höher als die Schulden – es dient vor allem einer auf nachhaltigen Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt orientierten Wirtschaftspolitik.



MILLIARDEN EURO
**ÖFFENTLICHES
VERMÖGEN**

entspricht
123% des BIP



MILLIARDEN EURO
**STAATS-
SCHULDEN**

F Was ist öffentlich?

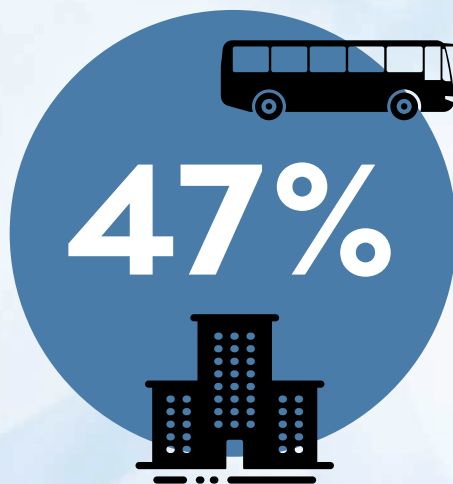
A Kinderbetreuung, Schulen, Universitäten, öffentliche Bibliotheken, öffentliche Rundfunkanstalten, Wasser, Energie, öffentliche Pflegeheime, Müllentsorgung, Seen, Wälder, Kunstgalerien, Museen, öffentliche...

Wie setzt sich öffentliches Vermögen zusammen?

... eigentlich alles
... es Vermögen?

... euerungseinrichtungen,
... niversitäten, öffentli-
... cheken, Volkshochschu-
... lich-rechtlicher
... , Wiener Zeitung,
... energie, Verkehrswege,
... er Verkehr, Spitäler,
... me, sozialer Wohnbau,
... orgung/Abfallwirtschaft,
... älder, Schwimmbäder,
... genstände, Theater,
... Parks, Nationalparks,
... che Spielplätze etc.

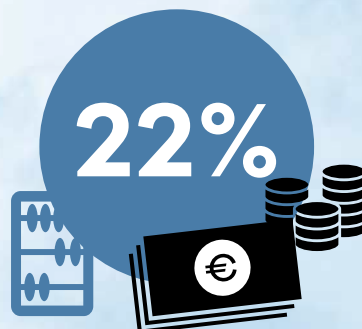
Produziertes Anlagevermögen



Gebäude, Fahrzeuge, Maschinen,
Wissen in Form von
Grundlagenforschung

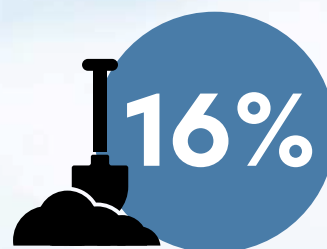
Quelle: Statistik Austria,
Zusammenstellung Arbeiterkammer,
Zahlen aus 2018 (Grund und Boden 2017)

Sonstiges Finanzvermögen



Bargeld, Einlagen, Kredite

Grund und Boden



Beteiligungen



2/3 davon sind
Unternehmensbeteiligungen

Gewusst wie

Mit speziellen Bildungsangeboten, aktuellen Hintergrundinformationen und zahlreichen Publikationen stellen AK und ÖGB Infrastruktur für die erfolgreiche Betriebsratsarbeit bereit.

TEXT ASTRID FADLER

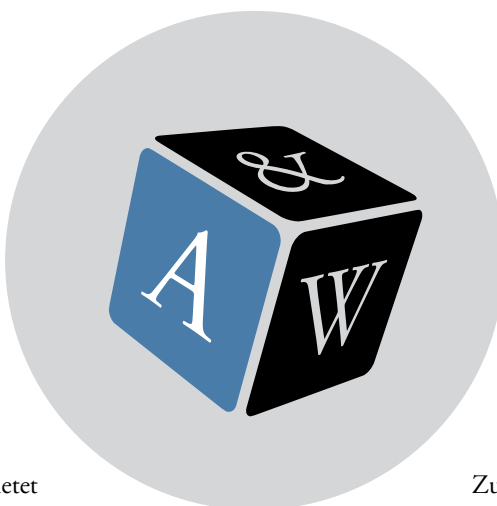
Die Anforderungen an BetriebsrätInnen sind vielfältig und fordernd. Entsprechend breit gefächert sind die Angebote von Arbeiterkammer, ÖGB und den Gewerkschaften – passgenau auf die Bedürfnisse von BelegschaftsvertreterInnen zugeschnitten.

Das Online-Portal www.betriebsraete.at bietet spezifische Infos und Downloads sogar für all jene, die erst die Gründung eines Betriebsrates planen. Auch allgemeine (rechtliche) Infos sind frei zugänglich. Hauptzielgruppe sind allerdings BetriebsrätInnen, die auch Gewerkschaftsmitglieder sind. Diese können sämtliche Features und Tools (Argumentationen, Formulare, Ideentauschbörse etc.) für ihre Arbeit nutzen.

Unkompliziert und effizient

Die Betriebsrats-App „MeinBR“ ist ein Kommunikations-Tool, mit dem Informationen des Betriebsrats direkt auf den mobilen Geräten aller KollegInnen abgerufen werden können. Die App bietet ein Grundgerüst, das sich je nach den Bedürfnissen des Betriebsrats befüllen lässt. Auf dem Portal meinbr.online finden BetriebsrätInnen ausführliche Infos zur App. Direkt über diese Webseite können dann auch die zuständigen ExpertInnen des ÖGB-Verlags kontaktiert werden. Sie unterstützen nicht nur beim Kennenlernen und Befüllen des Systems, sondern geben auch Tipps, wie die fertige App im Betrieb rasch bekannt gemacht werden kann.

Von den UserInnen (= Beschäftigten) kann „MeinBR“ dann einfach über den App-Store heruntergeladen werden. Die Vorteile liegen auf der Hand: Selbst Beschäftigte, die den Großteil ihrer



Arbeitszeit außerhalb des Betriebsgeländes verbringen, können etwa über Push-Nachrichten rasch über Neuigkeiten oder geplante Veranstaltungen informiert werden. „MeinBR“ bietet unter anderem eine Übersicht über Betriebsvereinbarungen, Vergünstigungen und Zuschüsse im jeweiligen Betrieb sowie Fragen und Antworten zu arbeitsrechtlichen Themen.

Überdies ermöglicht sie den raschen Kontakt zu den AnsprechpartnerInnen im Betriebsrat.

Bildungseinrichtungen

Mit Hunderten Seminaren pro Jahr liefert der Verband österreichischer gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) das nötige Know-how für (angehende) BetriebsrätInnen, um die Interessen von ArbeitnehmerInnen optimal vertreten zu können. Neben den seit Jahrzehnten bewährten Fixangeboten, wie Gewerkschaftsschule, Sozial- oder BetriebsrätInnenakademie (BRAB), gibt es verschiedene Lehrgänge. Das Angebot reicht von allgemeineren Themen wie „Politik, Recht und Wirtschaft“ oder „Soziale Kompetenz“ über den „Frauenpolitischen Lehrgang“ bis zu Lehrgängen für spezielle Zielgruppen (z. B. KonfliktlotsInnen oder Behindertenvertrauenspersonen). Die verschiedenen Seminare dieser Lehrgänge können auch einzeln gebucht werden. Außerdem finden – auch in den Landeshauptstädten – zahlreiche Einzelseminare zu aktuellen Themen und für unterschiedliche Zielgruppen statt. Kinderbetreuung ist auf Anfrage prinzipiell auch über einen längeren Zeitraum, wie etwa bei Lehrgängen, möglich. ►

Wo BetriebsrätInnen Informationen für ihre Arbeit finden ...

Broschüren, Skripten, Ratgeber

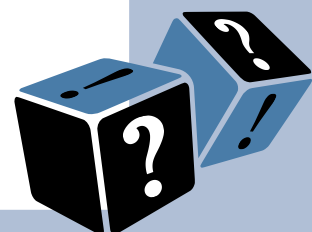
Sowohl AK als auch ÖGB und Gewerkschaften veröffentlichen jedes Jahr zahlreiche Broschüren, Leitfäden und Ratgeber zu den unterschiedlichsten Themen. Manche davon sind speziell für Betriebsratsmitglieder gedacht, so etwa die Schriftenreihe „Praktische Gewerkschaftsarbeit“, von der manche Ausgaben auch als Skripten in den Gewerkschaftsschulen und VÖGB-Seminaren verwendet werden. Gewerkschaftsmitglieder können diese kostenlos downloaden, zudem steht ihnen ein gedrucktes Exemplar pro Ausgabe kostenlos zu. BetriebsrätInnen können pro Ausgabe auch mehrere Exemplare erhalten. Nach „Unsere Anliegen im Betrieb durchsetzen – Organizing mit BetriebsrätInnen“ sind für heuer zwei neue Ausgaben geplant: „Aktionismus und Streik“ sowie „Mitgliederwerbung“. Zudem wird das allererste Skriptum der Reihe „Sitzungen, die bewegen“ derzeit neu überarbeitet. Das Gesamtverzeichnis der Schriftenreihe findet sich unter **www.voegb.at**.

Literatur beim ÖGB-Verlag

Aktuelles und wertvolles Hintergrundwissen sowie Tipps für die Praxis bieten seit Jahren die Bücher aus dem ÖGB-Verlag. Für die Betriebsratsarbeit wertvoll: „Leitfaden Betriebsvereinbarungen“, „Arbeitsverfassungsgesetz in Frage und Antwort“ oder „Bilanz & Co. – Basiswissen und Praxistipps für Betriebsrat und Aufsichtsrat“: **www.oegbverlag.at**

Gesunde Arbeit

Seit 2014 erscheint unter diesem Titel ein Magazin, das viermal pro Jahr einem speziellen Schwerpunktthema gewidmet ist. **www.gesundearbeit.at** bietet zudem eine komplette Lösungswelt für Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit, mit umfangreichem Info- und Serviceteil, Newsletter oder Veranstaltungstipps.



Wider den Privatisierungswahn

Trinkwasser, Bahn oder Post: Privatisierung und Liberalisierung bringen die staatliche Daseinsvorsorge immer stärker unter Druck. Eine schlechte Nachricht für KonsumentInnen und Beschäftigte. Doch es gibt Gegenbewegungen.

TEXT MICHAEL BONVALOT

Was beim Wasser so alles möglich wäre, erklärte der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im berühmten „Ibiza-Video“ gegenüber einer vermeintlichen russischen Oligarchin: Eine Struktur, „wo wir das Wasser verkaufen“ und dann „der Staat eine Einnahme hat und derjenige, der das betreibt, genauso eine Einnahme hat“. Auf jeden Fall solle es genug „Benefit für den privaten Betreiber“ geben, beteuert Strache.

Derzeit darf in Österreich jede Person für den Eigengebrauch Wasser aus Flüssen, Seen oder Brunnen entnehmen. Eine Flasche auffüllen ist überall möglich. Bei größeren Mengen Wasser für wirtschaftliche Zwecke braucht es eine Bewilligung. In der öffentlichen Meinung herrscht zumindest noch Konsens darüber, dass Wasser ein öffentliches Gut bleiben sollte. Doch über den Umweg der Wasserkraft versuchen Konzerne, Zugriff darauf zu bekommen.

Erst kürzlich hat die EU-Kommission die Vergabepraxis für Wasserkraftwerke ins Visier genommen. Eine Untersuchung bezüglich einer Vertragsverletzung gegen Österreich und sieben weitere EU-Staaten ist im Lauf. Das Ziel erklärt Iris Strutzmann von der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien: „Die Bewilligungen für Was-

serkraftwerke sollen für den allgemeinen Wettbewerb geöffnet werden.“ Ein Hintergrund des Vertragsverletzungsverfahrens sei die Beschwerde eines Energiekonzerns. Der habe „Interesse daran, im Zuge der sogenannten Wiederverleihung an Wasserrechte in Österreich zu gelangen“, so Strutzmann.

Das Öl des 21. Jahrhunderts

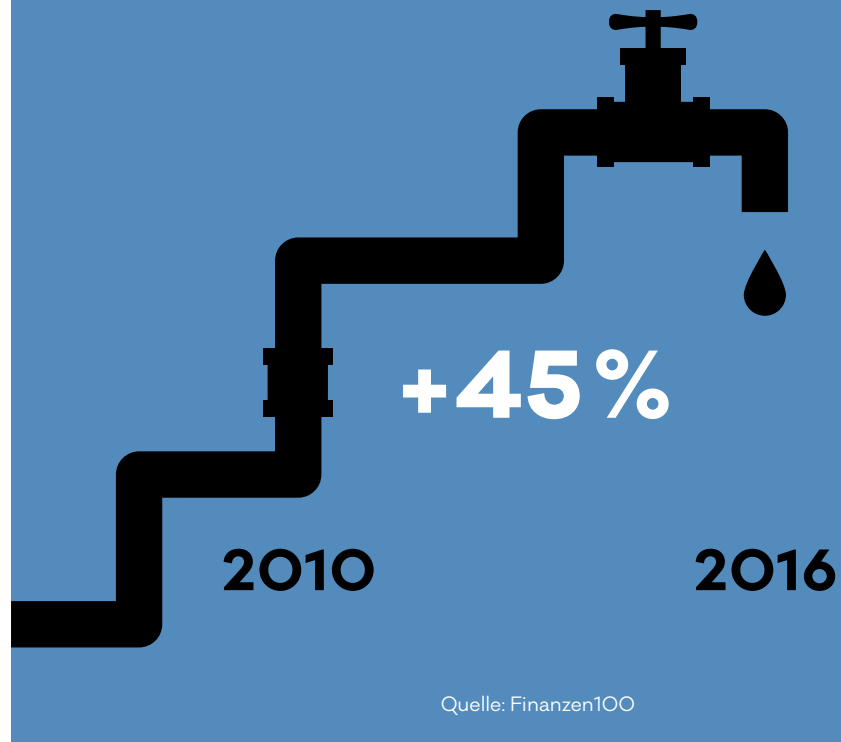
„Wasser verspricht, im 21. Jahrhundert das zu werden, was Öl im 20. Jahrhundert war.“ Das schrieb das einflussreiche US-Magazin „Fortune“ bereits im Mai 2000. Aktuell haben laut Weltgesundheitsorganisation WHO 2,2 Milliarden Menschen keine sichere Versorgung mit sauberem Trinkwasser, das sind fast 30 Prozent der Weltbevölkerung. Die Problematik wird sich künftig noch verschärfen: Durch die Klimakrise werden Dürreperioden zunehmen, Wasser wird knapper.

Doch von genau dieser Verknappung versprechen sich große Wasserkonzerne

enorme Profite. Sie lobbyieren für immer neue Privatisierungen und Liberalisierungen. Konzerne wie die französischen Firmen Veolia und Suez oder die deutsche RWE sind globale Player – im Fall RWE besonders bemerkenswert, gehört diese doch zu einem Teil selbst Kommunen wie Köln, Essen oder Dortmund. Auch Multis wie Nestlé oder Coca-Cola stecken tief im Wassergeschäft. Das Problem: Private oder privatwirtschaftlich agierende Konzerne sind gewinnorientiert. Ihr Ziel ist nicht die kostengünstige Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser. Ihr Ziel sind möglichst hohe Gewinne für ihre AktionärInnen. Wohin das führen kann, zeigt Großbritannien. „Zwischen 2007 und 2016 wurden dort 96 Prozent der Gewinne der Wasserkonzerne als Dividende an die AktionärInnen ausgeschüttet“, berichtet Strutzmann. Die Folge solcher Entwicklungen: kaum mehr Infrastrukturinvestitionen,

**2,2 Mrd.
Menschen ohne
sichere Versorgung mit sauberem
Trinkwasser**

Anstieg der Wasserpreise in den USA



„Bereits Liberalisierung bedeutet, dass Märkte für private Anbieter geöffnet werden, die in der Regel ihre Profite maximieren wollen.“

Bettina Haidinger, BEIGEWUM

eine schlechtere Versorgung, höhere Preise. Wie zynisch solche Preiserhöhungen in Aktionärskreisen abgehandelt werden, zeigt das Investmentportal „Finanzen100“. Dort wird zuerst festgestellt, dass sich die Wasserpreise in den USA allein zwischen 2010 und 2016 „um gut 45 Prozent“ verteuert hätten. Anschließend folgt die Empfehlung, Aktien von US-Wasserkonzernen zu kaufen.

Liberalisierung als Gefahr

Doch nicht nur Wasser steht unter dem Druck von Privatisierung und Liberalisierung. „Auch Post, Verkehrsdienstleistungen, Telekom, Gesundheitswesen oder das Bildungswesen stehen im Fokus“, erklärt die Ökonomin Bettina Haidinger vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und

umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM). Wichtig findet Haidinger, nicht erst bei Privatisierungen hinzusehen: „Bereits Liberalisierung bedeutet, dass Märkte für private Anbieter geöffnet werden, die in der Regel ihre Profite maximieren wollen.“

Daraus würde zwangsläufig eine Markt- und Profitlogik folgen – mit oft negativen Folgen für Gesellschaft und Beschäftigte. „Beispielsweise haben sich in der gesamten EU die Löhne im Postbereich drastisch verschlechtert“, so Haidinger.

Gefahr für die Sicherheit

Die Sicherheit leidet ebenfalls unter privaten Anbietern, wie Großbritannien gezeigt hat. Dort wurden Bahninfrastruktur und Züge privatisiert. Banken und Aktienfonds haben sich eingekauft und dann aus Profitgründen die Infrastruktur und Sicherheit verkommen lassen. Die Folge: eine Reihe von schweren Unfällen mit Dutzenden Toten. Danach hat der Staat die Infrastruktur zurückgekauft – zu einem mehrfach

überhöhten Preis. „Im Anschluss musste der Staat noch hohe Summen für den Investitionsrückstau bei Infrastruktur und Sicherheit übernehmen“, erklärt Gregor Lahounik von der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Auch Berlin muss als Warnung dienen. Dort ist ab 2009 das S-Bahn-System zusammengebrochen, ein Großteil der Züge war nicht mehr fahrtauglich. Die S-Bahn hatte die Wartung vernachlässigt, um Kosten zu sparen. „Berlin zeigt gut, was passiert, wenn staatliche Bahnen mit einer privaten Logik agieren“, sagt Lahounik.

Rekommunalisierung

Doch es gibt Gegenbewegungen. „Unsere Wasserpreise gehörten zu den höchsten des Landes“, erklärt der portugiesische Landrat Hélder Sousa Silva gegenüber der „Deutschen Welle“. Seine Lösung: die Rekommunalisierung der Wasserversorgung des 80.000-EinwohnerInnen-Kreises vor den Toren Lissabons. Besonders pikant: Silva



Durch die Klimakrise wird Wasser knapper werden. Genau davon versprechen sich große Konzerne enorme Profite.

gehört der rechtskonservativen PSD an, der Schwesterpartei der ÖVP. Und die PSD hatte sich besonders für die Wasserprivatisierung starkgemacht.

Ähnliche Erfahrungen gibt es in Frankreich. Über hundert Gemeinden, allen voran Paris, haben in den letzten 15 Jahren ihre Wasserversorgung rekommunalisiert. „Ein wesentlicher Aspekt waren die hohen Wasserpreise für die KonsumentInnen“, berichtet AK-Expertin Strutzmann. Auch Berlin hat die Wasserversorgung 2013 rekommunalisiert. Zuvor hatte das Bundeskartellamt „missbräuchlich überhöhte“ Trinkwasserpreise durch die Konzerne RWE und Veolia festgestellt.

Auf Basis solcher Erfahrungen sagt Ökonomin Haidinger: „Wir brauchen sicherlich verstärkt politische Kräfte, die sich für gesellschaftliche Alternativen einsetzen.“ Der Neoliberalismus dominiere so stark, „dass wir uns oft gar nicht mehr vorstellen können, dass Wirtschaft nicht mit einer Marktlogik organisiert ist. Doch Wirtschaft kann auch anders funktionieren.“ ▀

Drei Fragen zum Thema an

GREGOR LAHOUNIK

AK WIEN ABTEILUNG UMWELT UND VERKEHR

Warum privatisieren und liberalisieren wir nicht einfach den gesamten Bahnverkehr?

Weil das eine schlechte Idee wäre! Die Folgen der Bahnprivatisierung in Großbritannien etwa sind heute noch sichtbar. Doch so weit müssen wir gar nicht schauen. Der Güterverkehr ist inzwischen in der gesamten EU völlig liberalisiert, auch in Österreich. Unternehmen stürzen sich auf die Strecken, die besonders viel Profit versprechen. Damit geht die Versorgung der Fläche drastisch zurück. Als Folge wird dann Infrastruktur zurückgebaut, beispielsweise gehen Anschlussgleise verloren. Da fährt dann vermutlich nie wieder etwas, was gerade aus Klimagründen natürlich extrem problematisch ist.

Und wie ist das beim Personenverkehr?

Es ist kein Zufall, dass sich private Bahnbetreiber im Personenverkehr auf die wenigen Strecken stürzen, die gewinnbringend zu führen sind. Das Nachsehen haben die Regionalstrecken und auch offensichtlich unerwünschte KundInnen, allen voran SchülerInnen und BerufspendlerInnen – die dürfen mit ihren Zeitkarten nicht überall mitfahren.

Die Bahn funktioniert immer mehr nach Marktlogik. Wie sehen Sie das?

Die Liberalisierung führt dazu, dass auch staatliche Bahnen in anderen Ländern oft wie Privatbahnen handeln. Aufgabe der Bahn ist nicht, möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften. Aufgabe der Bahn sollte nicht – wie etwa bei der DB – sein, mit unzähligen Tochterunternehmen weltumspannende Logistikkonzerne aufzustellen und möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften.

Kurznachrichten

Lehre braucht mehr als Namensänderungen

Mit großer Skepsis hat die Vorsitzende der Gewerkschaftsjugend, Susanne Hofer, die Pläne der Regierung bei der Berufsausbildung aufgenommen. „Ich würde mich genieren, wenn ich durch einzelne Wortänderungen die Lehre aufwerten wollte“, kommentierte sie im Ö1-Interview. Die Novelle sieht etwa vor, dass Lehrlinge in Zukunft keine „Lehrlingsentschädigung“ mehr bekommen, sondern ein „Lehrlingseinkommen“. Der Titel Meister bzw. Meisterin kann wie der Bachelor dem eigenen Namen beigelegt werden. Die Gewerkschaftsjugend fordert mindestens 850 Euro im ersten Lehrjahr für alle Lehrlinge und echte Verbesserungen, damit die Lehre wieder attraktiver wird. Außerdem brauche es mehr Geld für die Berufsschulen. In der geplanten Teilzeitlehre sieht Hofer eine Falle: „Eine junge Mutter mit Teilzeitlehre im Handel würde dann 350 Euro bekommen. Wer soll davon leben können?“

AK zeigt Lohndrücker an

Ein krasser Fall von Lohndrückerei beschäftigte die JuristInnen der Wiener Arbeiterkammer: Acht Arbeiter schufteten drei Monate lang auf mehreren Baustellen, nicht selten arbeiteten sie zwölf Stunden und mehr am Tag – und sahen keinen einzigen Cent dafür. Da sie überall auf der Baustelle die Schilder bekannter Baufirmen sahen, dachten sie sich, dass sie ihr Geld schon bekommen würden. Der Chef vertröstete sie immer wieder, Zahltag sollte schließlich der 31. Dezember sein. Als der Chef zu Silvester nicht auftauchte, gingen die acht Männer zur Arbeiterkammer. „Ich musste mir von überall Geld ausborgen: von meiner Frau, meinem Bruder, meinen Eltern. Ich muss das doch zurückzahlen!“, so einer der Arbeiter verzweifelt. AK-Präsidentin Renate Anderl: „Die AK sorgt für Gerechtigkeit und zeigt den Lohndrücker wegen Lohn- und Sozialdumping an!“

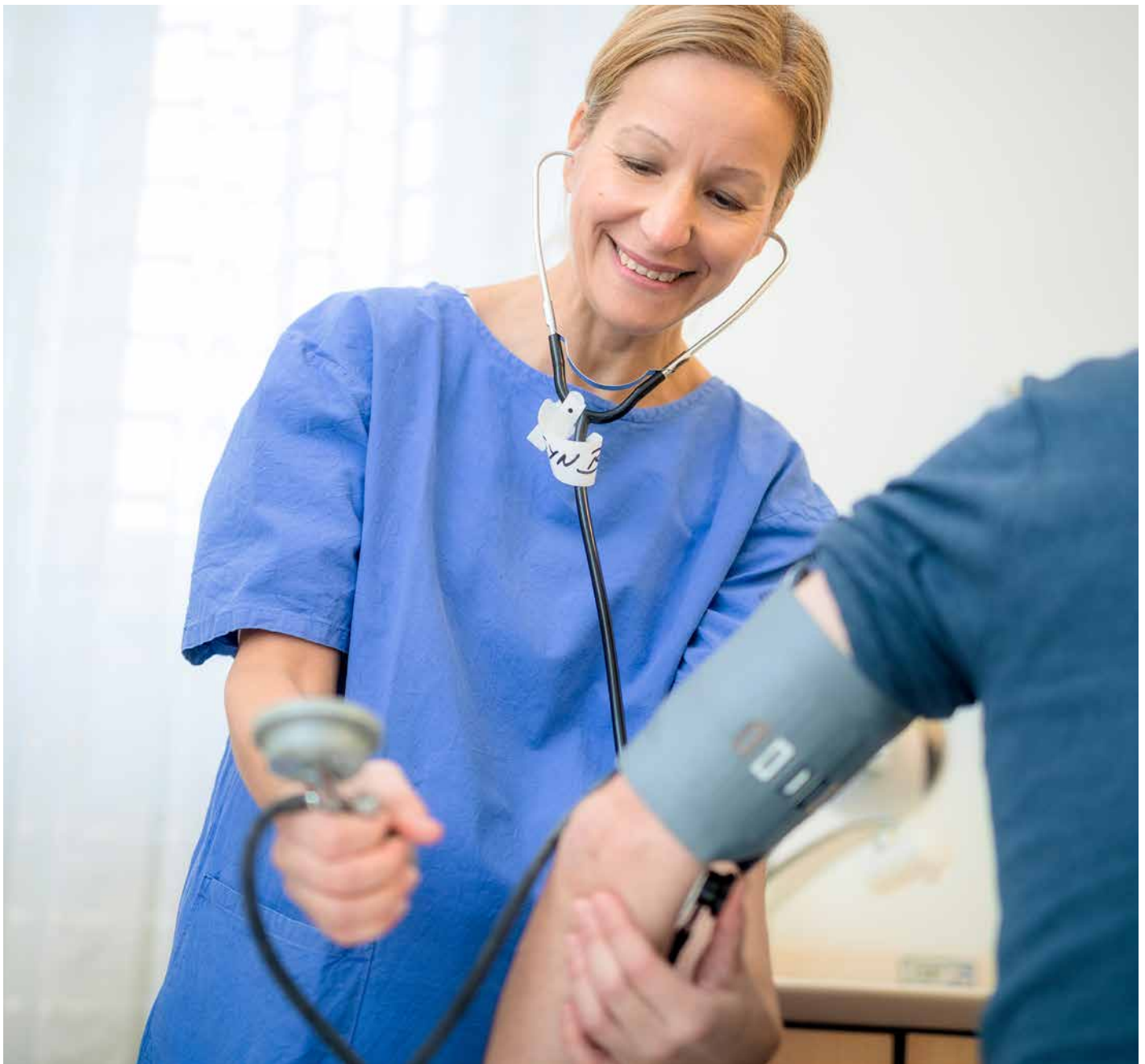
Gesundheit: Woher kommt das Geld?

Die schlechte Nachricht zuerst: Am türkis-blauen Kassenumbau wird auch von der neuen türkis-grünen Regierung nicht gerüttelt. Insbesondere in einer zentralen Frage aber schweigt sie sich aus: jener der Finanzierung. Dies kann man am konkreten Beispiel „Kassenumbau“ festmachen. Die Österreichische Gesundheitskasse startet mit einem Minus von 70 Millionen Euro. ÖGK-Vizeobmann Andreas Huss ist skeptisch, dass das Defizit so einfach ausgeglichen werden kann: „Bis Ende 2021 sollen noch einmal 260 Millionen Defizit dazukommen. Selbst wenn wir 1.000 Mitarbeiter weniger haben, bringt das nur 50 Millionen Euro Ersparnis. Und gleichzeitig sollen die Leistungen besser werden. Ich sehe derzeit nicht, wie sich das ausgehen soll.“ Auch wenn das Programm einige gute Vorschläge enthält – die Gegenfinanzierung fehlt völlig.

Ein großer Wurf in der Gesundheitspolitik ist damit ausgeblieben.

Eine große Portion Liebe

Von großen Herausforderungen und kleinen Wundern: Die Arbeit von KrankenpflegerInnen ist anspruchsvoll. Ein Rundgang in der Klinik Hietzing mit der chirurgischen Schwester Miriam Mijatovic.



TEXT SOPHIA FIELHAUER-RESEI, CHRISTIAN RESEI

Chirurgische Schwester aus Leidenschaft: So definiert Miriam Mijatovic ihre Lebensaufgabe. Die 47-jährige diplomierte Krankenpflegerin arbeitet seit mehr als einem Jahrzehnt in der 2. Chirurgischen Abteilung der Klinik Hietzing (vielen noch als Krankenhaus Lainz geläufig). Die Allgemein- und Viszeralchirurgie, im Pavillon 16 angesiedelt, führt vorrangig Operationen des Bauchraumes durch. Bereits um 5.45 Uhr läutet der Wecker die Krankenpflegerin aus dem Bett, rund 15 Minuten benötigt sie für den Fußweg zur Arbeit – auch ihre Wohnung liegt im 13. Bezirk.

Der Frühdienst beginnt um 6.45 Uhr, der Dienstübergabe folgt die Visite und die PatientInnenbetreuung – abends um 19.05 Uhr enden zwölfteils Stunden Arbeit, die ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Konzentration erfordern. Rund sechs bis acht Nachtdienste von 18.40 Uhr bis sieben Uhr in der Früh gehören ebenso zum monatlichen Arbeitspensum.

Der Begriff soziale Infrastruktur ist weiter gefasst und beinhaltet auch das Gesundheitssystem mit all den Menschen, die es am Laufen halten.

Fußmarsch durch Wiener Geschichte

Das weitläufige Klinikareal erreicht Mijatovic am Eingang Versorgungsheimplatz – der Name ist ein Relikt aus der Monarchie, von 1902 bis 1904 wurde das Versorgungsheim Lainz für betagte Menschen samt Anstaltskirche errichtet. Aus diesem wuchs das Geriatriezentrum am Wienerwald (GZW), diese Einrichtung besteht



Über eine Freitreppe, die zur Backsteinkirche führt, betritt Miriam Mijatovic am frühen Morgen ihr Arbeitsgelände.

nicht mehr, bloß drei Pfeifen paffende großformatige Gartenzwerge wachen noch vor dem Haupteingang.

Einige Minuten bergauf führt Mijatovic ihr Weg über die Freitreppe der Backsteinkirche, vorbei an den Schienen der stillgelegten Feldbahn zu den 1913 errichteten Bauten der Klinik Hietzing. Bis 2011 transportierte die Feldbahn Mahlzeiten aus der Großküche zu den Pavillons. Für ein Mittagessen in der MitarbeiterInnen-Kantine bleibt der Krankenpflegerin keine Zeit. „Der Weg dorthin ist zu weit, mit den 30 Minuten Pause, die mir zustehen, würde sich das nie ausgehen“, bedauert Miriam Mijatovic. Zwar nimmt sie sich eine Jause mit in die Arbeit, doch „ich kann mir die Zeit dafür auch nur so einteilen, wie es die Patienten zulassen“. Wird geläutet, ist das Pauschen vorüber – wer im Gesundheits- und Pflegedienst arbeitet, weiß das.



Nachdem die plastische Chirurgie von der Klinik Hietzing abgesiedelt wurde, arbeitet Mijatovic nun in der Überwachungsabteilung der 2. Chirurgie.

Soziale Infrastruktur

KrankenpflegerInnen als Infrastruktur? Was eigentümlich anmutet, macht sehr viel Sinn. Denn unter Infrastruktur versteht man eben nicht nur Gebäude wie ein Krankenhaus oder ein Pflegeheim. Der Begriff soziale Infrastruktur ist weiter gefasst und beinhaltet auch das Gesundheitssystem mit all den Menschen, die es am Laufen halten. Der Lebensweg von Miriam Mijatovic hatte mehrere Stationen, bevor sie in Lainz ihre Arbeit aufnahm. Im nordrhein-westfälischen Werdohl geboren, wuchs sie 15 Jahre lang in der deutschen Stadt auf, als sie plötzlich zu ihrer Oma nach Banja Luka geschickt wurde: „Meine Eltern stammen aus Bosnien und hatten Sorge, ich würde nicht Serbokroatisch erlernen.“

Davon wenig begeistert, musste sie sich erst die kyrillische Schrift aneignen, absolvierte über vier Jahre die medizinische Schule samt Matura – und ließ sich danach bei ihrer Tante in Wien nieder. Gleich 1991 folgte auch der Berufseinstieg mit dem jüdischen SeniorInnenheim in Döbling – heute findet sich das Maimonides-Zentrum auf dem IKG-Campus in Wien Leopoldstadt. Zwei Jahre später wechselte die Krankenpflegerin in die heutige

Klinik Hietzing, um 13 Jahre lang in der Abteilung für Plastische Chirurgie zu arbeiten. Dass die Abteilung 2006 aus dem Pavillon acht in die Rudolfstiftung in Wien-Landstraße übersiedelte, stellte Mijatovic vor eine extrem schwierige Entscheidung. Gewonnen hat die Klinik Hietzing.

Mit Leib und Seele in Hietzing

Ganze 27 Jahre ist die Krankenpflegerin nun schon mit dem Gelände und dem Krankenhaus verwurzelt. Ihre Arbeit in der Überwachungsstation bedeutet, die Gesundheitsfunktionen der PatientInnen über verschiedene Monitore ständig zu beobachten. Die Überwachungsabteilung ist das Bindeglied zwischen Intensiv- und Krankenstation. Hier liegen Menschen, die nach ihrer Operation einen erhöhten Überwachungs- und Betreuungsaufwand benötigen, aber keine Intensivpflege, wie etwa künstliche Beatmung, erhalten müssen.

Für die Kommunikation mit ihren PatientInnen – sie werden unter anderem an der Bauchspeicheldrüse, Galle, Schilddrüse, bei verschiedenen Blutungen oder am Blinddarm behandelt – nimmt

„Reden ist sehr wichtig, es gibt ja viele Menschen, die in einem Spital Angst haben.“

Miriam Mijatovic, Krankenpflegerin



Die Gebäude der Klinik Hietzing sollen mit neuem Leben erfüllt werden. Neue Abteilungen werden bald dorthin übersiedeln.



Die Schienen der stillgelegten Feldbahn stehen unter Denkmalschutz. Sie transportierte bis 2011 das Essen in die Stationen.

sich Miriam Mijatovic Zeit. „Reden ist sehr wichtig, es gibt ja viele Menschen, die in einem Spital Angst haben“, weiß die Krankenpflegerin. „Ich begrüße sie, stelle mich vor und erzähle Schritt für Schritt, was passiert.“ Und wenn es nur das Desinfizieren einer Wunde ist – Mijatovic erklärt, ob es brennen oder sich kalt anfühlen wird. „Es ist gut, wenn ich auch einmal zehn Minuten länger beim Patienten bleiben kann.“

Auf der Überwachungsstation werden fünf PatientInnen rund um die Uhr überwacht, zwei KrankenpflegerInnen teilen sich die Arbeit auf. Oft genug muss schnellstens reagiert werden, wenn der Blutdruck fällt oder sich Sauerstoffsättigung und Herzfrequenz ändern. „Je mehr Übung ich hatte, desto ruhiger bin ich geworden“, erinnert sich Mijatovic. Ihren Job lebt sie tatsächlich, wie eingangs beschrieben, mit aller Leidenschaft: „Ich habe die Chirurgie immer geliebt, mitsamt den ganzen septischen Wunden und ihren Sekreten.“

Immer wieder geschehen „kleine Wunder“, wie es die Krankenpflegerin nennt. Dann, wenn PatientInnen auf die normale Station verlegt werden und Mijatovic sie nach fünf Tagen kaum wiedererkennt – so gut erholen sich manche von ihnen. Da es nicht immer so kommt, trifft die Wahlwienerin besonders, wenn junge Leute

sterben. Wie gut sich die PflegerInnen auch mit ihren PatientInnen verstehen mögen: Freundschaften entstehen keine. „Professionelle Distanz ist wichtig. Zwischen den PatientInnen und mir gibt es kein Du, da halte ich immer einen Abstand“, erklärt Mijatovic.

Vorteile eines öffentlichen Systems

International betrachtet, ist das österreichische Gesundheitssystem eines der besten und auch kostspieligsten. Alle Versicherten haben einen Rechtsanspruch auf solidarisch finanzierte Leistungen. Über 99 Prozent der Menschen, die in Österreich leben, fallen unter die staatliche Krankenversicherung. „Das System der Krankenbehandlung ist sehr gut ausgebaut“, weiß Florian Burger, Referent der Abteilung Sozialversicherung in der AK Wien. „Ich kann mit meiner E-Card zum Hausarzt gehen und unkompliziert Hilfe bekommen.“

Doch ein kleiner Teil der Bevölkerung fällt aus dem sicheren Rahmen – während der türkis-blauen Regierung ist ihre Zahl angestiegen. Die neue Krankenordnung der Österreichischen Gesundheitskasse regelt, wer die E-Card erhält und wer eben nicht, etwa AsylwerberInnen. Wie AK-Experte Burger erklärt, werden

Vieles im Gesundheitswesen könnte leichter synchronisiert werden, doch es scheitert bereits an den unterschiedlichen Software-Systemen der Bundesländer.

die künftigen E-Cards Fotodokumente sein – Vermutung: Wer mitten in einem Asylverfahren steht, soll jedoch nicht über ein österreichisches Dokument verfügen. Das widerspricht internationalen Abkommen: Diese sehen eine geregelte Gesundheitsversorgung für AsylwerberInnen vor. Gelten soll: Alle haben ein Recht auf medizinische Behandlung. Gemeinhin bietet eine staatliche Gesundheitsversorgung auch wesentlich mehr Sicherheit als ein privates System.

Keine Vorfinanzierung nötig

In Österreich etwa ist keine Vorfinanzierung notwendig. „Für Ärmere ist es wichtig, dass sie nicht zuerst einen Hunderter auf den Tisch legen müssen und dann die Kosten bei der Kasse einreichen können, um sie ersetzt zu bekommen“, macht Florian Burger deutlich. „Das öffentliche System bewährt sich insbesondere, wenn ich in einer lebensbedrohlichen Verfassung oder alt und nicht mehr arbeitsfähig bin.“ Anders als etwa in den USA sind die Kosten, die bei der Behandlung einer Krebserkrankung entstehen, nicht existenzbedrohend. Auch bei einem Arbeitsunfall gibt es dank der gesetz-

lichen Unfallversicherung Sicherheit. Die gilt auch, wenn es zu Konflikten mit der öffentlichen Versicherung kommt, wenn etwa über den Kostenersatz einer Behandlung gestritten wird. Im öffentlichen System gibt es kurze Entscheidungsfristen, und der Patient bzw. die Patientin genießt einen Rechtsschutz. „Das heißt: Wenn ich mit der Krankenkasse darüber streite, ob ich eine Arztbehandlung brauche oder nicht, dann wird mir vor Gericht der Gutachter bezahlt.“ Gäbe es nur private Versicherungen, dann müsste der Patient oder die Patientin über den Zivilrechtsweg Klage führen. Das würde langwierige und komplexe Verfahren verursachen.

Freilich, auch eines der besten Gesundheitssysteme hat bisweilen Husten und Schlimmeres. Durchaus effizienter könnte es oft sein: Für das Blutbild aus dem Labor gibt es keinen standardisierten Aufbau; spricht: Jedes Institut reiht die Werte anders. „Eine einheitliche Regelung würde den Vergleich extrem erleichtern“, erklärt Burger.

Vieles im Gesundheitswesen könnte leichter synchronisiert werden, doch es scheitert bereits an den unterschiedlichen Software-Systemen der Bundesländer. „Wenn ich von Salzburg nach Wien ziehe, ist es schwierig, die Patientenakte mitzunehmen“, weiß Burger. Im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist das kaum zu glauben.



Die Ab- und Ansiedlungen am Gelände der Klinik Hietzing verlangen von Personalvertreter Michele Calabrese viel Engagement.

Wenn ein Krankenhaus zum Organspender wird

An den Bundesländergrenzen, etwa zwischen dem Burgenland und Niederösterreich, haben zu viele Krankenhäuser den gleichen Schwerpunkt. „Würden die sich auf unterschiedliche Gebiete spezialisieren, hätte das große finanzielle Vorteile“, fasst es Florian Burger zusammen. Effizienz ist auch in Wien gefragt: Es wurden 500 MitarbeiterInnen der Klinik Hietzing ins viel diskutierte Krankenhaus Nord abgesiedelt. Daneben gibt es eine Zusammenführung beider Standorte am Areal der Klinik Hietzing. Davon sind das Neurologische Zentrum Rosenhügel und das Krankenhaus Hietzing betroffen.

„Wir waren die größten Spender überhaupt“, verrät Michele Calabrese, und das nicht mit allzu viel Freude in der Stimme. „Wir, die Klinik Hietzing, haben einige Abteilungen und auch das meiste Personal gespendet“, macht der stellvertretende Vorsitzende der Personalvertretung klar. „Und diese gesamte Situation belastet natürlich die Belegschaft.“ Einige MitarbeiterInnen ließen sich in andere Abteilungen versetzen, manche kamen in privaten Spitälern unter. „Viele sind nach wenigen Monaten von den privaten Spitälern zurückgekehrt und sagten, es sei dort noch schlimmer.“ Dass der Gesundheitssektor eine riesige Baustelle ist, weiß Personalvertreter Calabrese nur zu gut. „Es gibt ein neues Gehaltsschema, neue Arbeitszeiten und meistens auch das Gefühl, dass es zu wenig Personal gibt. Zwar existieren einige freie Stellen, aber die BewerberInnen dafür fehlen.“

Michele Calabrese ist seit 2006 freigestellt, er vertritt rund 3.000 MitarbeiterInnen. „Ich weiß gar nicht mehr, wann ich eine 40-Stunden-Woche gehabt habe“, sagt der Wiener mit italienischen Wurzeln über den derzeitigen Stress und wirkt in der Tat ziemlich gehetzt. Unterstützung erhält Calabrese bei seiner Arbeit von der Gewerkschaft Younion: „Sie stehen mit ihren Ressourcen voll hinter mir, hören sich die Problematik an, erstellen Folder, helfen bei Aussendungen – wenn ich etwas brauche, bekomme ich es“, ist Calabrese voll des Lobes. Seine Arbeit als Personalvertreter macht ihm Freude, „sonst würde ich es nicht so lange tun. Es ist kräftezehrend, doch weil es immer wieder etwas anderes ist, bleibt es interessant“.

Für alle engagiert dabei

Woher Miriam Mijatovic ihren ganzen Elan nimmt – das ist eine Frage, die von der Krankenpflegerin eher überhört wird. Sie hat diese Kraft, und die muss wohl nicht seziert werden. Deshalb engagiert sie sich auch gleich noch in der Personalvertretung: „Mir ist wichtig, dass es den MitarbeiterInnen gut geht, Gerechtigkeit herrscht und alle auch Freude und Spaß bei der Arbeit haben können.“ Das Aufgabenspektrum der KrankenpflegerInnen hat sich erweitert, einerseits durch neue und bessere Behandlungsmethoden, andererseits sind die Dokumentationsaufgaben gewaltig gewachsen.



Noch in der Monarchie wurden die meisten Gebäude der Klinik Hietzing erbaut, an manchen nagt der Zahn der Zeit.

Dass sie die Schreiarbeit besonders liebt, behauptet Mijatovic nicht. Allerdings führt daran kein Weg vorbei, ist die Krankenpflegerin durch ihre langjährige Berufserfahrung überzeugt. Außer natürlich mehr Personal. Mit Kollegen Calabrese redet Mijatovic oft über den Dienstplan, der viel Improvisationsgeschick verlangt. „Er ist da, wenn man ihn braucht“, sagt sie über den Personalvertreter. Stress, Druck, Ärger und Trauer im Beruf – Miriam Mijatovic nimmt diese Gefühle nicht aus der Klinik mit nach Hause. Zwar gibt es eigens dafür ausgebildete KollegInnen, die für Gespräche – ähnlich einer Supervision – zur Verfügung stehen, doch bislang hat die Krankenpflegerin keine Hilfe in Anspruch nehmen müssen. „Wenn ich nach Hause gehe, kann ich die Arbeit hinter mir lassen“, sagt Mijatovic. Ski fahren entspannt im Winter, wandern im Sommer – bevorzugt im steirischen Gesäuse, den Schladminger Tauern oder in Südtirol. Ideal, um Energie für ihren anstrengenden Beruf zu tanken. ▀

Herausforderungen Kinder und Alte

Welche Probleme Österreichs Kommunen in Zukunft zu schultern haben, lässt sich gut am Beispiel von Stockerau ablesen. Ein Lokalausgang mit Betriebsrat Thomas Salway in der 17.000-EinwohnerInnen-Stadt.

TEXT HEIKE HAUSENSTEINER

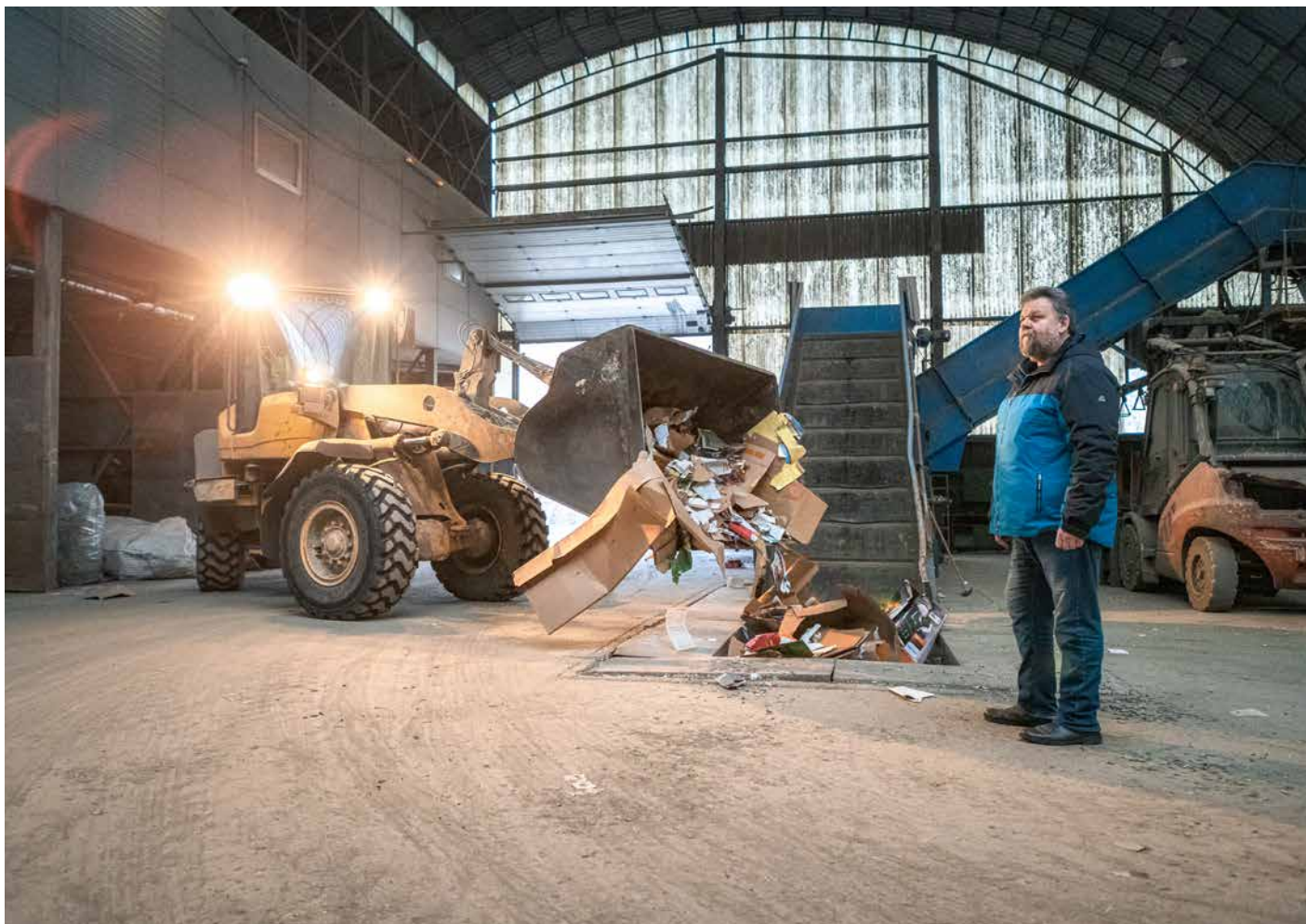
Noch sei die Müllentsorgung „in unserer Hand“, sagt Thomas Salway im Interview – wobei er das „noch“ besonders betont. Er ist stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Stadtgemeinde Stockerau und vertritt in dieser Funktion 350 bis 370 Beschäftigte. „Wenn in der schönen Jahreszeit vor allem Frauen unsere Grünflächen bearbeiten, sind es mehr als im Winter.“ Die Stadt betreibt neben der Müllabfuhr und einer Gärtnerei zudem ein eigenes Bestattungsunternehmen, ebenso das Wasserwerk, ein Sportzentrum und eine Musikschule. „Wir beschäftigen auch Elektriker, Maler und Maurer“, plaudert der Gemeinde-Betriebsrat aus dem Nähkästchen. Die Feuerwehr ist eine freiwillige, als Backup sind aber fünf dienstführende Feuerwehrleute vorgesehen, die ebenfalls bei der Stadtgemeinde angestellt sind.

Wachsen im Speckgürtel

Stockerau ist mit mehr als 17.000 EinwohnerInnen – inklusive der kleinen Ortsteile Oberzögersdorf und Unterzögersdorf – die größte Stadt des Weinviertels. Sie liegt rund 20 Kilometer nordwestlich der Bundeshauptstadt und zählt zum sogenann-



Die beiden Pflegeheime sind vollständig ausgelastet, das Pflegepersonal würde sich bessere Verdienstmöglichkeiten verdienen, so Betriebsrat Salway.



**Der Zuzug stellt Gemeinden wie Stockerau vor finanzielle Herausforderungen.
Noch ist die Abfallwirtschaft in öffentlicher Hand.**

ten Speckgürtel von Wien. Daher ziehen immer mehr Menschen zu, etwa aus dem Waldviertel, bestätigt Betriebsrat Salway.

Der Trend zeigt sich in vielen Teilen Österreichs: Während die Geburtenbilanz zurückgeht, ist der steigenden Wanderungsbilanz die Zunahme der EinwohnerInnen zu verdanken. Und darauf wird reagiert, insbesondere im Bildungsbereich. Stockerau hat mehrere Kindergärten (öffentliche und private) und etwa ein Dutzend Schulen (mehrere Volks-, Mittel- und Berufsschulen, ein Bundesrealgymnasium etc.).

Einen Paukenschlag setzte es jedoch vor einem Jahr: Die SchülerInnenanzahl stieg, weshalb etwa die Volksschulen VS West und VS Wondrak um- und ausgebaut

werden sollten. Aufgrund der veranschlagten Kosten, die das Gemeindebudget weit überstiegen hätten, wurde das Vorhaben 2019 kurzerhand gestoppt. Es gab vorge-

In den niederösterreichischen Gemeinden gibt es keine Gratis-Kindergärten.

zogene Gemeinderatswahlen, und das Bürgermeisteramt sowie die Mandatsmehrheit im Gemeinderat wanderten von der SPÖ zur ÖVP. Konsequenz für die betroffenen Schulen: Die LehrerInnen unterrichten die Kinder jetzt in aufgestellten Containern. Die Kinderbetreuung und die Pflege sieht Thomas Salway als „Problemkinder“ – inso-

fern als es in beiden Bereichen mehr Plätze bräuchte. Hinzu kommt: In den niederösterreichischen Gemeinden gibt es keine Gratis-Kindergärten wie in Wien oder seit

Kurzem im Burgenland (dort ist seit November 2019 der Besuch einer Betreuungseinrichtung von der Kinderkrippe bis zum Schuleintritt während der gesamten Öffnungszeiten kostenlos). In Niederösterreich

ist, ähnlich wie in Oberösterreich, nur der Vormittag gratis – der Nachmittags-Kindergarten kostet allerdings. Eltern zahlen bis zu 95 Euro im Monat an Gebühren. Hinsichtlich der Pflege gibt es in Stockerau zwei Adressen, eine davon ist das neue niederösterreichische Pflege- und Betreuungszentrum „Arche“ (seit 2006) etwas außerhalb

„Man sollte vielleicht über bessere Verdienstmöglichkeiten und altersgerechtes Arbeiten nachdenken. Unser Personal leistet sehr gute Arbeit.“

Thomas Salway, Betriebsratsvorsitzender

des Stadtzentrums. Die andere Einrichtung ist das zentral gelegene städtische Pflegeheim (seit 1995) im denkmalgeschützten und renovierten ehemaligen Krankenhaus, errichtet von Max Kropf, der im gesamten Stadtbild bis heute seine architektonische Handschrift hinterlassen hat.

Pflegeplätze ausgeschöpft

ArbeitnehmerInnenvertreter Salway weiß um die generell belastenden Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals samt unterdurchschnittlicher Bezahlung und den gravierenden Personalmangel – österreichweit. Es ist ihm ein besonderes Anliegen zu betonen: „Man sollte vielleicht über bessere Verdienstmöglichkeiten und altersgerechtes Arbeiten nachdenken. Unser Personal leistet sehr gute Arbeit. Die Kolleginnen und Kollegen haben uns auch 2019 bei der Arbeiterkammerwahl voll unterstützt“, so der FSG-Vertreter.

In der Stadtgemeinde Stockerau sind die Pflegeplätze ebenfalls ausgeschöpft, sagt er. Dabei kann er sogar aus eigener Erfahrung berichten: Ein Onkel benötigte nach einem Schlaganfall einen Pflegeplatz, konnte aber zunächst nur in Tulln (17 km entfernt) unterkommen, kam dann nach

Korneuburg (10 km entfernt) und wurde erst nach einiger Wartezeit nach Stockerau verlegt. Die medizinische Versorgung sei hingegen sehr gut, mehr als 60 Arztstellen verschiedener Disziplinen gebe es in der Stadtgemeinde, berichtet Thomas Salway.

Die schmucke Innenstadt besticht mit erhalten gebliebenen Bürgerhäusern da und dort. In Sachen Nahversorgung gibt es Supermarkt, Fleischer, Bäcker, Konditor, Friseur, Optiker, Drogerie, Buchhandlung, etliche Textilgeschäfte sowie Gastronomiebetriebe – und, was bemerkenswert ist, ein relativ zentral gelegenes Kino, das immer noch privat geführt wird und jüngst sogar einen Saal dazugebaut hat.

Fast jeder hat ein Auto

Immer mehr Einkäufe verlagern sich dennoch in die beiden etwas außerhalb gelegenen Einkaufszentren. Viele strömen vor allem in den auf der grünen Wiese errichteten „Stop Shop“ nahe der Donauufer-Autobahn A 22, den der Immobilienkonzern Immofinanz betreibt. Die meisten fahren denn auch mit dem Auto einkaufen. „Heutzutage hat eh schon fast jeder ein Auto“, so Thomas Salway. Öffentliche Verkehrsmittel, wie etwa kleine Innenstadt-

busse, existieren deshalb in Stockerau auch gar nicht. Ebenso wenig Radwege oder Elektro-Roller, wie sie etwa gerade in der Bundeshauptstadt boomen.

Öffi-Anbindung fördern

Gut, dass die niederösterreichische Kleinstadt direkt an der Wiener Schnellbahnlinie liegt. Beim Bahnhof befinden sich ein Riesenparkplatz sowie eine überdachte Park-and-Ride-Anlage mit insgesamt mehr als 1.000 Pkw-Stellplätzen sowie 30 überdachten Fahrrad-Abstellplätzen.

Gut auch, dass in Niederösterreich (ebenso wie im Burgenland) die Nutzung der – mit Hilfe des Landes gebauten – P&R-Anlagen für Fahrgäste von öffentlichen Verkehrsmitteln kostenlos ist. Dass zu den Stoßzeiten sämtliche Plätze ausgelastet sind, zeigt, dass sich die Investition bezahlt gemacht hat.

Abzuwarten bleibt nach Aussage von Thomas Salway, welche Konzepte gegen den zunehmenden Verkehr unter der neuen ÖVP-Führung der Stadtgemeinde vorgesehen sind. Die momentane Situation beschreibt er eher als „Stückwerk“, und jede weitere Maßnahme kostet Geld, das nicht vorhanden ist. ▀



Täglich neue Hintergründe, Fakten & Positionen

Florian Wukovitsch

Referent für ökologische Ökonomie und
Umweltpolitik, AK Wien

Georg Feigl

Referent für öffentliche Haushalte und
europäische Wirtschaftspolitik, AK Wien



Zentrales Element einer sozial-ökologischen Erneuerung

Knapp ein Jahrzehnt nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden Folgen ist es wirtschaftspolitisch nur in Ansätzen zu einem Umdenken gekommen. Trotz ambitionierter Initiativen auf internationaler wie nationaler Ebene, verstärkt auf nachhaltigen Wohlstand und Lebensqualität statt auf bloßes Wirtschaftswachstum zu fokussieren, ist die wirtschaftspolitische Ausrichtung weitgehend unverändert geblieben – insbesondere in der Europäischen Union. Ohne Regeländerung bzw. Politikwechsel droht eine Fortsetzung des zu niedrigen Investitionsniveaus. Vor der Krise gab es zwar einen leicht steigenden Trend bei den öffentlichen Nettoinvestitionen, doch mit der Austeritätspolitik ab 2010/11 brachen die Investitionen drastisch ein, obwohl sie für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung die wichtigsten Staatsausgaben darstellen.

Sinkende Investitionen in der Eurozone

Statt die öffentliche Infrastruktur vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen auszubauen, schrumpfte ihr Wert in der Eurozone. Es geht – vereinfacht gesagt – mehr kaputt, als neu geschaffen wird. Man lebt sozusagen von der Substanz. Die Ausweitung der öffentlichen Investitionen ist auch deshalb notwendig, weil die privaten Investitionen – von einem deutlich höheren Niveau ausgehend – noch stärker zurückgegangen sind. Trotz historisch niedriger Zinsen wird zu wenig investiert, um die notwendige Energiewende, die Digitalisierung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in ausreichendem Maße zu unterstützen.

Wie private Investitionen sollten auch öffentliche Investitionen kreditfinanziert getätigt werden können, wofür eine Änderung der selbstlähmenden Fiskalregeln mittels goldener Investitionsregel auf nationaler wie europäischer Ebene notwendig ist. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist das gerade in Zeiten extrem niedriger Zinsen gerechtfertigt, da diesen höheren Kosten höhere zukünftige Werte und Erträge gegenüberstehen, von denen zukünftige Generationen profitieren.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach.

A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Einstürzende Altbauten

Ausbleibende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kommen die Allgemeinheit teurer als Neubauten: Darüber sind sich ExpertInnen einig.

TEXT CHRISTOPHER ERBEN

Es ist der 14. August 2018 – Hauptreisezeit in Italien. Auf der Autobahn, die durch Genua führt, sind wieder viele Menschen in den wohlverdienten Urlaub unterwegs, als plötzlich ein Pylon der Morandi-Autobahnbrücke nachgibt und einstürzt. 43 Menschen zieht es in ihren Fahrzeugen in den Tod. Das tragische Unglück hat nicht nur viele erschüttert, sondern die Diskussion über die neoliberalen Privatisierungsbestrebungen wieder aufflammen lassen.

Sparen am falschen Platz

Vom Abwasser bis hin zu den Gärten, von den Bahnlinien bis hin zu Straßen und Brücken: Die öffentliche Hand kümmert sich bei uns um vielfältige Einrichtungen und Strukturen. Sie sichern den Lebensstandard – und ohne staatliche Unterstützung würde es sie nicht geben. Daher dürfen sich Staat, Städte oder Gemeinden aus der „öffentlichen Grundversorgung“ nicht zurückziehen, sind AK und Gewerkschaften überzeugt. Dabei wird nicht nur auf den Einsturz in Italien verwiesen, sondern auch auf die maroden britischen Eisenbahnen.

Auch ein Blick in die USA zeigt, welche negativen Folgen Privatisierungen haben. „Alles, was keinen unmittelbaren Gewinn bringt, wird vernachlässigt“, erzählt Matthias Falter von der Arbeiterkammer Wien. Er verbrachte einige Jahre in Minneapolis in den USA. Investitionen in die öffentlichen Stromleitungen oder in den Erhalt von Brücken fließen hier nur spärlich, oft unterbleiben sie auch gänzlich. Und wenn, dann dienen sie hauptsächlich der Aufrechterhaltung, nicht jedoch der Modernisierung, hält Falter fest. „Das führt etwa bei der Stromversorgung häufig zu Unterbrechungen, da die Leitungen nicht nur alt sind, sondern auch weiterhin in Hochlage neben den Straßen verlaufen und Wind und Unwetter kaum widerstehen“, erzählt er. In den Bundesstaaten sei es außerdem nach wie vor unpopulär, zusätzliche Gebühren für den Erhalt,



Die öffentliche Hand kümmert sich bei uns um vielfältige Einrichtungen und Strukturen, die den Lebensstandard sichern.

die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur einzuheben. „Public goods“, wie Falter sagt, wurden lange Zeit zurückgedrängt. Minneapolis beschreitet heute im Übrigen einen anderen Weg. Hier werden auch die öffentlichen Verkehrsmittel wieder ausgebaut.

Schon vor dem Einsturz der Morandi-Brücke gab es Diskussionen, wie es um die Sicherheit der Brücke bestellt sei. Das Bittere daran: „Es wurden Korrosion und andere Schäden genau an der Stelle festgestellt, an der die Brücke am 14. August einstürzte. Weder der Brückenbetreiber noch das italienische Verkehrsministerium sollen eine grundlegende Sanierung für notwendig erachtet haben“, kritisiert Martin Stuber vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) im A&W-Blog. Nicht nur die Marktlogik selbst ist bei einer solch sensiblen Infrastruktur, wie es Straßen und Brücken sind, ein Problem. Mindestens so problematisch ist es, wenn sich der Staat aus der Qualitätskontrolle verabschiedet.

Nachhaltiges Investment

Infrastruktur kann in unterschiedlichen rechtlichen Organisationsformen bereitgestellt werden, gemeinsam ist ihnen eines: Die öffentliche Hand und die Planung habe „eine Gewährleistungsverantwortung“, erklärt Michael Getzner, Leiter des Instituts für Raumplanung an der TU Wien. Infrastruktur müsse aber nicht direkt von ihr bereitgestellt werden, so der Experte. Möglich seien auch Eigenbetriebe und Ausgliederungen. „Private können sich – für die öffentliche Hand allerdings häufig teurer – in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften beteiligen“, so Getzner. Genau solche Partnerschaften sind AK und Gewerkschaften ein Dorn im Auge. DGB-Experte Stuber: „Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sind im Bereich der Daseinsvorsorge grundsätzlich abzulehnen. Sie sind für die Allgemeinheit teurer, intransparent und stellen über ihre – in der Regel jahrzehntelange – Bindung eine schleichende Kapitalprivatisierung öffentlicher Infrastruktur dar.“

Humaner Selbstzweck

Somit ist fraglich, ob privat wirklich immer sinnvoller ist als staatlich. Der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck argumentiert etwa: „Fundamentalökonomische Infrastrukturen lohnen sich, indem sie die Gesellschaft als Gesellschaft gleicher Bürger zusammenbringen, zum Zweck gesteigerter einzelwirtschaftlicher Produktivität ebenso wie als humaner Selbstzweck“, schreibt er im Vorwort des Buches „Die Ökonomie des Alltagslebens“.

Dies erfordere aber langfristige Investitionen mit niedrigen Renditen – diese werden jedoch durch ein geringes Risiko aufgewogen, betont der Soziologe. Fundamentalökonomie rechne sich am besten, wenn sie eine öffentliche sei, „also vor allem vom Staat oder unter strenger staatlicher Aufsicht und staatlichem Schutz betrieben wird“. ▀

Drei Fragen zum Thema an

THOMAS MOLDASCHL

GEWERKSCHAFT VIDA WIRTSCHAFTSREFERAT

Was sind die Folgen von Privatisierungen?

Nach schweren Zugunglücken kaufte Großbritannien die zuvor privatisierte Schieneninfrastruktur wieder zurück. Das kostete das Land mehr als die Privatisierung der britischen Bahngesellschaft. Seither muss das Land mehr an staatlichen Zuschüssen ins Bahnsystem einzahlen als vor der Privatisierung.

Wie hoch ist der volkswirtschaftliche Nutzen gut ausgebauter Infrastruktur?

Wir haben bei gewissen Investitionen in die Bahninfrastruktur eine Wertschöpfung von 1 zu 4. Auch Sekundäreffekte wie etwa Betriebsansiedlungen ziehen diese mit. Dadurch steigt die Wirtschaftsleistung. Außerdem gehen die Verkehrsunfälle auf der Straße zurück und die Umweltbelastung sinkt, weil der Personen- wie auch der Güterverkehr dann auf der Schiene rollt. Umgekehrt ist es schlecht, mit notwendigen Erneuerungen zu warten: Je länger man sie hinausschiebt, desto größer wird das Risiko von Katastrophen. Grundsätzlich ist die österreichische Straßeninfrastruktur in einem besseren Zustand als jene in Deutschland oder Italien. Aktuell nimmt der Verkehr auf Schiene und Straße aber zu – allein das macht stärkere Investitionen als in unseren Nachbarländern erforderlich.

Privat versus Staat?

Ein privater Unternehmer kalkuliert beinhardt: Er setzt günstiges, oft geringer qualifiziertes Personal ein, stellt ältere, oft erfahrene MitarbeiterInnen nicht ein. Private schauen mehr auf den zu erzielenden Gewinn als auf die Sicherheit. Bei uns sind Schiene und Straße weiterhin in öffentlicher Hand – und das ist auch gut so.

Pflege als wichtigste Aufgabe

Pflegeeinrichtungen zählen ebenso wie mobile Dienste zur sozialen Infrastruktur eines Staates. Gerade in diesem Bereich brennt der Hut – dessen ist man sich seit vielen Jahren bewusst.

TEXT ALEXANDRA ROTTER

Zahlen, so lautet eine weitverbreitete Meinung, haben nicht die Kraft zu emotionalisieren. Doch diese Zahl macht wohl jene, die eine zu pflegende Person in der Familie haben, wütend: 75.700. So viele Menschen werden bis 2030 in der Pflege benötigt – zusätzlich zu den derzeit 127.000 Beschäftigten. Das hat die Gesundheit Österreich GmbH im Auftrag des Sozialministeriums in der Pflegepersonal-Bedarfsprognose für Österreich errechnet. Um diesen Bedarf erfüllen zu können, ist ein weiter Weg zurückzulegen.

*Mehr als
460.000 Menschen
beziehen in Österreich
Pflegegeld.*

Pflegekräfte sind mit ihrer Arbeit und dem Klima zwar grundsätzlich zufrieden, wie eine Umfrage der AK Anfang 2019 zeigte, doch ihre Arbeitsumstände sind so widrig, dass viele ausbrennen und den Beruf verlassen. Silvia Rosoli, Leiterin der Abteilung Gesundheitsberuferecht und Pflegepolitik in der Arbeiterkammer Wien, sagt: „Die Situation der Pflegekräfte in Österreich ist hoch dramatisch. Sie machen Akkordarbeit und haben keine Zeit, den zu Pflegenden Zuwendung zu geben.“ Es sei Alltag, dass Dienstpläne nicht eingehalten werden:



In Österreich werden jährlich rund ...



an **mobiler Betreuung** und
Pflege geleistet bzw. konsumiert

Quelle: Österreichischer Pflegevorsorgebericht (2018)

„Die Pflegekräfte werden permanent daheim angerufen und müssen einspringen. Sie brennen am laufenden Band aus.“ Von Missständen will Rosoli zwar nicht sprechen, aber sie sieht große Herausforderungen in der Pflege. Das drängendste Thema sei der Personalnotstand, Rang zwei belegt ihr zufolge der fehlende Ausbau von Pflegedienstleistungen, insbesondere der mobilen Pflege. Platz drei ist die Finanzierung.

Michaela Guglberger, Sekretärin für den Fachbereich Soziale Dienste der Gewerkschaft vda, bringt die Perspektive der zu Pflegenden ein, die wegen Zeitmangels ihrer BetreuerInnen zu wenig gefördert werden: „Es darf nicht sein, dass Menschen Dinge, die sie vielleicht noch tun könnten, aus Zeitmangel der Pflegekräfte nicht mehr tun.“ Die vda fordert für Pflegekräfte eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Guglberger: „Pflege ist ein schwerer Job. Der psychisch und physisch hohe Druck und die Dienstplaninstabilität wird noch mehr Menschen aus dem Beruf vertreiben.“ Eine 35-Stunden-Woche ermögliche mehr Freizeit und Regeneration, was den Pflegeberuf auch, unter anderem für Quereinsteiger, attraktiver machen würde.

Sozialminister Rudolf Anschober hat die Pflege zur wichtigsten Aufgabe seines Ministeriums erklärt. Eine Pflegelehre etwa soll für mehr Pflegekräfte sorgen. Doch der Haken ist, dass Jugendliche erst ab einem

Alter von 17 Jahren Menschen pflegen dürfen. Vorher sollen sie, so die Idee der Regierung, theoretisch ausgebildet werden. Weiters wird im Regierungsprogramm eine Pflegeversicherung erwähnt. Gewerkschafterin Guglberger vermisst Konkretes: „Es steht nicht wirklich dabei, wer das finanzieren soll: Wenn die Pflegeversicherung privat finanziert werden soll, können wir uns fürchten.“ Eine staatliche Versicherung, etwa über die AUVA, werde die Pflege auch nicht retten.

Steuerfinanziert

Für AK und vda muss Pflege steuerfinanziert sein. AK-Expertin Rosoli plädiert dafür, die übrig gebliebene Milliarde aus dem letzten Regierungsbudget in die Pflege zu investieren. Sie hält Erbschafts- und Vermögenssteuern für eine gute Möglichkeit, um auch weiterhin genug Geld für die Pflege zu haben – nämlich etwa 1,5 Milliarden Euro pro Jahr (siehe Kasten). AK und vda fordern zudem eine Pflegegeldre-

form, um den Dschungel der Förderungen etwa der Bundesländer zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Außerdem sollte sich die Höhe des Pflegegeldes nicht nur nach den Defiziten der Betroffenen richten, sondern vor allem darauf abzielen, ihre Fähigkeiten zu fördern.

Die Task-Force „Pflegevorsorge“ aus dem Regierungsprogramm, in der alle Stakeholder aus Bund und Ländern über Angebots- und Bedarfsplanung in der Pflege diskutieren werden, begrüßen vda und AK. Auch die „Community Nurses“, zentrale Ansprechpersonen, die Hausbesuche machen, sieht etwa Silvia Rosoli als positiv an. Anderes, wie etwa dass 24-Stunden-Pflegekräfte, die jetzt schon hoch belastet sind, mehrere Haushalte betreuen können sollen, hält sie für gefährlich, genauso die Pflege am Bauernhof. Rosoli resümiert: „Wir wissen ganz viel, wie wir die Pflege besser machen könnten, aber zahlen will es niemand. Wir sehen die Verantwortung jetzt beim Sozial- und beim Finanzminister.“ ▀

Privatisierungen. Besteller oder Bittsteller?



ROMAN HEBENSTREIT
VIDA-VORSITZENDER

Privatisierung per se kann kein Allheilmittel der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik sein – davon bin ich überzeugt. Nicht zuletzt die Agitation der schwarz-blauen Politik der Jahre 2000 bis 2006 zeigte genau das. Hier wurde Privatisierung zum ideologisch-fundamentalistischen Dogma erhoben, ohne dass man seine volkswirtschaftliche Sinnhaftigkeit überhaupt darstellen konnte.

Vor einigen Jahren gab es zuletzt in Österreich ähnliche politische Bestrebungen. Teile der ÖBB-Infrastruktur – aber auch der ASFINAG – sollten in die mittlerweile längst aufgelöste staatliche Privatisierungsgesellschaft ÖIAG übertragen werden. Gegen eine ÖBB-Privatisierung hat sich die Gewerkschaft vida 2014 erfolgreich zur Wehr gesetzt. Wir wollten kein Debakel wie in England oder Neuseeland zulassen. In diesen Ländern kamen gescheiterte Eisenbahnprivatisierungen die SteuerzahlerInnen mehrfach teuer zu stehen.

Qualität statt Billigstpreiskampf

Diesen schlechten Beispielen stehen die boomenden staatlichen Bahnen der Schweiz und Österreichs gegenüber. Jahr für Jahr werden wir und die Schweiz in internationalen Rankings zu den zwei führenden Bahnländern Europas gekürt. Hohe Qualität und leistbare Fahrpreise in Österreich sorgen laufend für neue Fahrgastrekorde. Zudem erteilen die Fahrgäste dem ÖBB-Personal in nationalen Bahntests regelmäßig Bestnoten. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen in Österreich sorgen eben auch für motiviertes Personal und zufriedene Fahrgäste.

Diese hohe Qualität in Österreich und der Schweiz ermöglichen nicht Wettbewerb und Billigstpreiskampf auf dem Rücken der Beschäftigten, sondern staatliche Qualitätssteigerungen per Direktvergabemöglichkeit von systemrelevanten Aufgaben und Infrastrukturinvestitionen an Unternehmen des Bundes wie ÖBB oder ASFINAG. Der Staat darf hier seine Steuerungsmöglichkeiten nicht an Private abgeben. Gerade in Zeiten des Klimaschutzes und des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs wäre dies absurd, da der Staat sonst vom Besteller zum Bittsteller werden würde. Für mich ist daher klar: Die öffentliche Hand muss ihren dominierenden Einfluss auf die zentrale Infrastruktur des Landes behalten.



Bessere Welt

Der faire Buchshop

NEU



Buch + e-book

Die neue ArbeiterInnenklasse

Menschen in prekären Verhältnissen

Veronika Bohrn Mena

3. Auflage 2020 / 212 Seiten / EUR 19,90

ISBN 978-3-99046-451-9

Angst und Unsicherheit prägen die Arbeitswelt. Zehn Prozent der Beschäftigten befürchten, innerhalb der nächsten sechs Monate ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Über ein Drittel arbeitet weniger als ein Jahr für den gleichen Arbeitgeber und ist atypisch beschäftigt, bei Frauen betrifft das mehr als die Hälfte. Das Normalarbeitsverhältnis ist vom Aussterben bedroht.

Dieses Buch liefert einen umfassenden Überblick über die Entwicklung prekärer Beschäftigung in Europa von den frühen 1980er-Jahren bis heute. Zehn Menschen erzählen darin außerdem von ihrem Leben und Leid mit miesen Jobs und Arbeitsbedingungen. Sie zeigen auf, was Hungerlöhne, fehlender rechtlicher Schutz und mangelnde soziale Absicherung für die Betroffenen und ihre Angehörigen tagtäglich bedeuten.

Es gibt nur einen Weg für alle arbeitenden Menschen zu einem selbstbestimmten, sicheren und chancengerechten Leben: sich als Gemeinschaft zu begreifen und sich zu organisieren, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe und Alter. Solidarisches Handeln ist die einzige Möglichkeit zum Machtausgleich.

„Ein sehr wichtiges Buch, das spürbar macht, wie eng Wirtschaft, Leben, Geld, Arbeit und Glück zusammenhängen.“

Sibylle Hamann

„Frei nach Marx: Fahrradkuriere, Pflegekräfte, Schichtarbeiterinnen, Crowdworker, Selbstständige und Journalistinnen, vereinigt euch!“

taz, 24.11.2018

besserewelt.at

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

Rathausstraße 21, 1010 Wien

shop@besserewelt.at

Telefon 01/405 49 98-132

Fax 01/405 49 98-136

Durchgehend geöffnet

Montag bis Freitag, 9.00–18.00 Uhr

Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Preis inkl. USt., zuzügl. etwaiger Versandkosten. Gratis-Versand bei Webbestellungen innerhalb Österreichs!



MeinBR-App

Die MeinBR-App ist eine zeitgemäße Möglichkeit, die Kommunikation zwischen BetriebsrätInnen und KollegInnen zu vereinfachen.



„Ein modernes und zeitgemäßes Tool, um unsere gesamte Belegschaft erreichen zu können!“

Berthold Temper
Betriebsratsteam EUD An.k.G.
VERBUND Hydro Power GmbH

Startaktion

Für die **ersten 100 BetriebsrätInnen**:
laufende Betriebskosten im ersten Jahr
~~statt € 850,-~~ **nur € 550,-**

Kosten der MeinBR-App

Einmalige Einrichtungskosten: € 1000,-

Übernahme durch den
AK Digitalisierungsfonds bis
voraussichtlich Ende 2020



Laufende Betriebskosten: € 850,-

- Aktualisierung & technische Wartung
- Support von vier Stunden/Jahr

Alle Preise inkl. MwSt.

Jetzt anmelden: <https://meinbr.online>
E-Mail: service@meinbr.online

Ein Projekt des ÖGB,
umgesetzt vom ÖGB-Verlag

ÖGB
ÖGB VERLAG

In nur zwei Wochen ist deine App in Betrieb.

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

AW